

**Antrag auf raumordnerische Beurteilung
(Raumordnungsverfahren)**

**zur
Erweiterung des Kiesabbaus (Nassabbau)
der Firma Valet u. Ott GmbH & Co. KG
in Mengen-Rulfingen**

Teil B

Standortauswahlprozess und Zielabweichung

22.05.2017

**Antrag auf raumordnerische Beurteilung (Raumordnungsverfahren)
zur Erweiterung des Kiesabbaus (Nassabbau)
der Firma Valet u. Ott GmbH & Co. KG in Mengen-Rulfingen**

TEIL B – STANDORTAUSWAHLPROZESS UND ZIELABWEICHUNG

Auftraggeber:

Valet u. Ott GmbH & Co. KG
Beton-, Kies- u. Splittwerke
Uferweg 25
88512 Mengen
Tel: (07576) 7700
Fax: (07576) 1742

Projektbearbeitung:

Planstatt Senner
Landschaftsarchitektur Stadtentwicklung Umweltplanung
Johann Senner, Freier Landschaftsarchitekt
Proj.Nr. 1730

Breitlestraße 21
88662 Überlingen, Deutschland
Tel.: 07551 / 9199-0
Fax: 07551 / 9199-29
info@planstatt-senner.de
www.planstatt-senner.de

Stand: 22.05.2017

Mengen, 15.09.2017

Valet u. Ott GmbH & Co. KG
Beton-, Kies- und Splittwerke
Uferweg 25. 88512 Mengen-Rulfingen



Dr. Helge List

Teil B – Standortauswahlprozess und Zielabweichung

INHALTSVERZEICHNIS

1. BESCHREIBUNG DES VORHABENS / GEGENSTAND DES ZIELABWEICHUNGSVERFAHRENS	5
2. RECHTFERTIGUNG DES VORHABENS - BEDARFSERMITTLUNG	8
2.1. Rohstoffversorgung im Raum.....	8
2.1.1. Rohstoffsituation Deutschland.....	8
2.1.2. Rohstoffsituation Baden Württemberg	9
2.1.3. Rohstoffsituation Region Bodensee-Oberschwaben.....	9
2.2. Bedeutung der Firma Valet u. Ott in der Rohstoffversorgung.....	11
2.3. Begründung der Erweiterung am Standort Rulfingen / Bedarfsermittlung	18
2.4. Alternativen / Ersatzmöglichkeiten.....	20
2.4.1. Substitute	20
2.4.2. Alternative Kiesgewinnung in anderen Landkreisen	21
2.4.3. Firmenbezogene standörtliche Alternativen einschließlich Nullvariante	21
3. VORAUSSETZUNGEN DER ZIELABWEICHUNG.....	25
3.1. Raumbedeutsamkeit der Maßnahme	25
3.2. Vorliegen eines Zielkonflikts.....	25
3.3. Grundzüge der Planung	25
3.4. Raumordnerische Vertretbarkeit der Zielabweichung.....	26
4. EINZELFALL.....	26
5. PRÜFUNG DER ZIELABWEICHUNG – ÜBERREGIONAL BEDEUTSAMER NATURNAHER LANDSCHAFTSRAUM	27
5.1. Vorgaben der Raumordnung	27
5.1.1. Vorgaben des Landesentwicklungsplanes (2002).....	27
5.2. Notwendigkeit der Zielabweichung / Zielkonflikt.....	28
6. PRÜFUNG DER ZIELABWEICHUNG - REGIONALER GRÜNZUG	28
6.1. Vorgaben der Raumordnung	28
6.1.1. Vorgaben des Landesentwicklungsplanes (2002).....	28
6.1.2. Vorgaben des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben (1996).....	29
6.2. Notwendigkeit der Zielabweichung / Zielkonflikt.....	30
6.3. Rechtfertigung der Ausnahme.....	32
6.3.1. Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Regionalen Grünzüge	32
7. ZIELABWEICHUNG – AUSSCHLUSSBEREICH FÜR DIE GEWINNUNG OBERFLÄCHENNAHER ROHSTOFFE.....	41
7.1. Vorgaben der Raumordnung	41
7.1.1. Vorgaben des Landesentwicklungsplanes (2002).....	41
7.1.2. Vorgaben des Teilregionalplans „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003).....	41
7.2. Notwendigkeit der Zielabweichung / Zielkonflikt.....	44
7.3. Rechtfertigung der Abweichung.....	44
7.3.1. Grundzüge der Planung	44

7.3.2. Raumordnerische Vertretbarkeit.....	51
8. LITERATUR	52

ANLAGEN

VERMESSUNGSBÜRO MOLL (11. MAI 2017): Berechnung des Verlusts an Retentionsvolumen

PLANSTATT SENNER (2017): Naturschutzfachliche Angaben zur Natura 2000 – Verträglichkeitsprüfung und Artenschutzrechtliche Prüfung

1. BESCHREIBUNG DES VORHABENS / GEGENSTAND DES ZIELABWEICHUNGSVERFAHRENS

Der Standort Mengen-Rulfingen ist der Haupt- und Heimatsitz der Firma Valet u. Ott GmbH & Co. KG in Oberschwaben. Die Firma Valet u. Ott betreibt hier Kiesabbau seit den '50er Jahren. Die Gesamtverwaltung aller Standorte, sowie weiterer Gesellschaften sind hier angesiedelt (ca. 70 Arbeitsplätze, inkl. Logistik). Am Standort sind zwei leistungsfähige Aufbereitungsanlagen vorhanden. Produziert wird hier das gesamte Spektrum an gewaschenen Materialien (Kies, Sand und Splitt). Darüber hinaus ist die Produktion von Gemischen und Spezialitäten möglich.

Um den vorhandenen regionalen und überregionalen Markt weiterhin sichern und der Nachfrage an Kies, Sand und Splitt gerecht werden zu können, ist die Fa. Valet u. Ott auf Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere ihrer firmeneigenen Abbaustätten angewiesen.

Auf Grund der bestehenden Infrastruktur und der nachgewiesenen sehr guten Ergiebigkeit der Kiesvorkommen in Rulfingen hat die Firma Valet u. Ott GmbH & Co. KG die Machbarkeit einer Erweiterung am Standort Rulfingen geprüft. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass ein Kiesabbau der geplanten Erweiterungsfläche sowohl aus rohstoffgeologischer als auch aus hydrogeologischer Sicht möglich ist (HYDRO-DATA, 2012 und 2017).

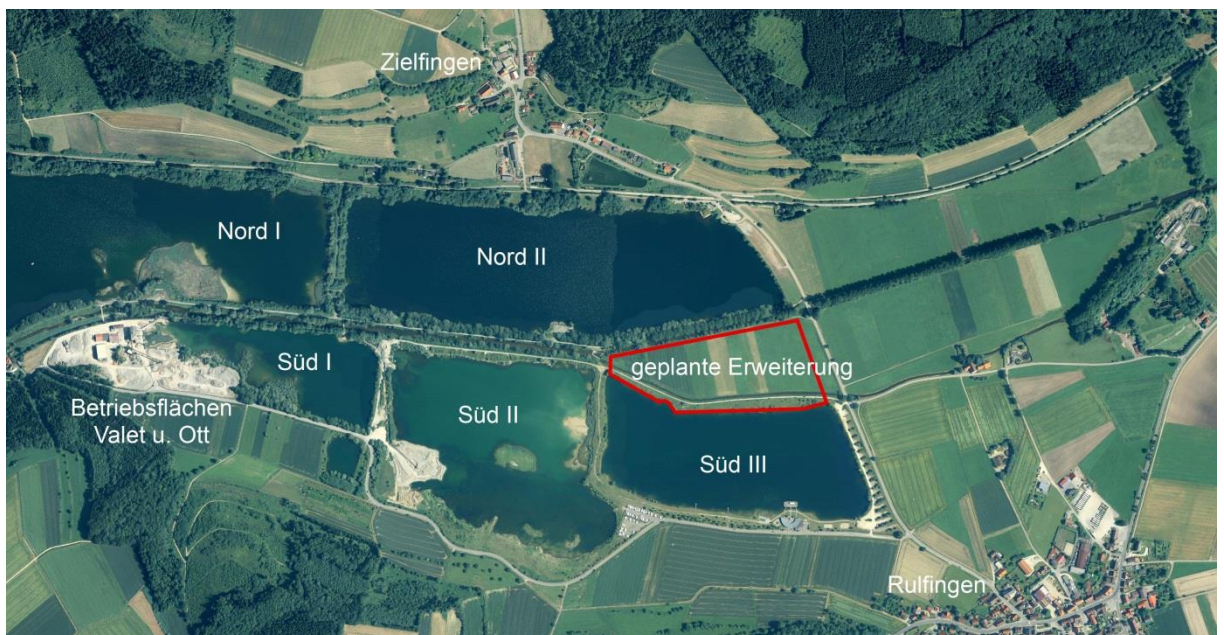


Abbildung 1: Lageplan, ohne Maßstab

Das Plangebiet liegt zwischen den Ortschaften Rulfingen und Zielfingen am östlichen Rand der „Krauchenwieser Seenplatte“.

Die geplante Erweiterung ist als Erweiterung des Sees Süd III geplant. Sie umfasst das Wiesendreieck zwischen Ablach und See Süd III mit einer Fläche von ca. 7,6 ha. Im Osten wird sie von der K8240 begrenzt.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Bei den im Vorfeld geführten Gesprächen wurde vom Regierungspräsidium Tübingen die Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens (§ 18/19 LplG) festgestellt

Der derzeit noch genehmigte Kiesabbau am Standort Rulfingen ist fast vollständig ausgeküst. Eine Erweiterungsmöglichkeit gem. Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (1996) mit Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003) besteht nicht.

Das LGRB hat im Rahmen der Rohstoffsicherung des Landes die Lagerstätte in Rulfingen als eine der letzten abbauwürdigen Standorte ausgewiesen. Lt. Aussage des Regionalverbandes wird „ein Rohstoffabbau an dieser Stelle vom Regionalverband Bodensee-Oberschwaben grundsätzlich positiv gesehen. Die Festlegung Ausschlussgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Regionaler Grünzug könne überwunden werden, jedoch müssten die Ausschlussgründe abgearbeitet werden und eine umfassende Darstellung des Bedarfs und der Verhältnisse erfolgen.“ (Ergebnisniederschrift zur Festlegung des Untersuchungsrahmens am 12.12.2016, RP Tübingen).

Die geplante Abbaufäche liegt innerhalb eines überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsraumes nach PS 5.1.2 Landesentwicklungsplan 2002. Gem. Regionalplan Bodensee-Oberschwaben 1996 liegt die Fläche innerhalb eines Regionalen Grünzugs. Der Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe Bodensee-Oberschwaben 2003 weist die Fläche als Ausschlussbereich zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe aus. Es ist daher zu prüfen, ob hier Zielkonflikte vorliegen und die Notwendigkeit einer Zielabweichung gegeben ist. Bei Vorliegen eines Zielkonfliktes ist im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens darzulegen, ob die Grundzüge der Planung berührt sind bzw. ob das Vorhaben raumordnerisch vertretbar ist.

Des Weiteren sind folgende Rechtlichen Rahmenbedingungen / Schutzgebietsverordnungen zu beachten:

- Natura 2000 - Vogelschutzgebiet „Baggerseen Krauchenwies / Zielfingen“
- Naturpark „Obere Donau“
- Wasserschutzgebiet „Meßkircher Straße“, Zone IIIB
- Überschwemmungsgebiet
- Denkmalschutz für den Mühlkanal östlich der K8240

Lage im Raum

Die Lage des Vorhabens ist dem Ländlichen Raum im engeren Sinne im Landkreis Sigmaringen zuzuordnen (LEP 2002, 2.1.1 Raumkategorie).

Der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (1996) weist die Stadt Mengen als Untertzentrum mit Schwerpunkt für Industrie und Gewerbe aus.

Mengen liegt an den Landesentwicklungsachsen

(a) Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten – Bad Saulgau – Herbertingen – Mengen – Sigmaringen (– Albstadt) und

(g) (Tuttlingen –) Meßkirch – Mengen – Herbertingen (– Riedlingen)

(LEP 2002, 2.6.2 Landesentwicklungsachsen)

Kenndaten des Vorhabens

Gem. Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (1996) sollte die Mächtigkeit der Lagerstätte mind. 5 m und das Verhältnis Kiesmächtigkeit / Mächtigkeit Abraum größer als 3 betragen.

Lt. HYDRO-DATA, 2012 weist die Vorhabenfläche ein abbauwürdiges Rohstoffvorkommen mit einer mittleren Mächtigkeit von 8,5 m auf bei einem Verhältnis von 1 : 6 Abraum zu Kies. Bei einer Abbaufäche von ca. 7,6 ha ergibt sich ein Volumen von ca. 637.500 m³ Rohstoff, ca. 1.250.000 t bei einer Dichte von 2,0. Die Qualität wird als sehr gut eingestuft.

Die geplante Abbaurrate beträgt etwa 120.000 t / Jahr. Damit ist der Abbau der Erweiterungsfläche auf einen Zeitraum von ca. 10 Jahren ausgelegt.

Derzeit werden am Standort Rulfingen ca. 5.000 t / Jahr abgebaut. Im Jahr 2016 wurden am Standort ca. 190.000 t Rohkies aufbereitet und verkauft. Damit ist das Werk fast ausschließlich auf die Versorgung mit Rohkies von anderen Standorten der Firma Valet u. Ott angewiesen, was mit hohen Kosten verbunden ist.

Zukünftig ist eine jährliche Aufbereitungsmenge von je nach Absatz bis zu 250.000 t am Standort Rulfingen geplant. Davon sind 120.000 t aus dem Abbau vor Ort, die verbleibenden 130.000 t sollen aus den anderen firmeneigenen Gruben und Beteiligungen geliefert werden.

Da noch nicht endgültig geklärt ist, ob das bestehende Wasserrecht am Mühlkanal („Wasserkraftanlage Stark“) aufrecht erhalten werden soll, werden für das Raumordnungsverfahren zwei Varianten geprüft:

Variante 1: Teilrückbau Mühlkanal

Ein Verzicht auf das Wasserrecht der Wasserkraftanlage Stark ermöglicht den Teilrückbau des Mühlkanals westlich der K8240 (s. Plan ROV 1.1 Abbauplanung - Variante 1). Der denkmalgeschützte Bereich des Mühlkanals östlich der K8240 würde damit als amphibisches Gewässer erhalten bleiben.

Die erforderliche Zufuhr von Frischwasser kann durch ein Einlaufbauwerk (Mönch) und eine Verbindungsleitung aus dem See Süd III gewährleistet werden. Dieses garantiert, mit Ausnahme von extremen Trockenzeiten, einen stetigen Wasserzulauf von 5 - 50 l/s in das neu geschaffene Gewässer (Büro Eppler, 2016).

Variante 2: Verlegung Mühlkanal

Soll das Wasserrecht der Wasserkraftanlage Stark erhalten werden, so ist der Mühlkanal zu verlegen. Die Ausleitung des Kanals aus der Ablach bleibt wie im Bestand erhalten. Der Mühlkanal soll parallel entlang der Ablach und dann abknickend nach Süden entlang der K8240 geführt werden, um dann hier westlich der bestehenden Brücke über die K8240 in den ursprünglichen Bestand einzumünden (s. Plan ROV 1.2 Abbau-planung -Variante 2). Eine ausreichende Wasserführung zum Erhalt der Wasserkraftnutzung ist zu erhalten. Der denkmalgeschützte Bereich des Mühlkanals östlich der K8240 bleibt vom Vorhaben unberührt und als Gewässer bestehen.

2. RECHTFERTIGUNG DES VORHABENS - BEDARFSERMITTLUNG

2.1. ROHSTOFFVERSORGUNG IM RAUM

Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen ist die Eigenversorgung Deutschlands und auch Baden-Württembergs mit mineralischen Rohstoffen weitestgehend gesichert. Allerdings gibt es rohstoff- und gebietsbezogene Unterschiede.

Förderung und Verbrauch mineralischer Rohstoffe sollten insbesondere aus ökonomischen Gründen eine bestimmte Entfernung nicht überschreiten. Geringere Transportwege bedeuten aber auch weniger Belastungen für Mensch u. Natur.

2.1.1. Rohstoffsituation Deutschland

Als ein führendes Industrieland ist Deutschland auf eine kontinuierliche, ausreichende Versorgung mit mineralischen Rohstoffen angewiesen.

Wie dem Bericht Deutschland - Rohstoffsituation 2014 (BGR, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2015) zu entnehmen ist, wird ein Großteil der jährlich in Deutschland benötigten Rohstoffe, insbesondere Steine u. Erden, aus heimischen Lagerstätten gewonnen u. damit die Eigenversorgung weitestgehend sichergestellt. Der Rohstoffsituationsbericht nennt für Deutschland 2014 eine Förderungsrate von etwa 248 Mio t für Bausande u. Kiese (inkl. Quarzsand) und ca. 211 Mio t für gebrochene Natursteine. Dies entspricht deutlich über die Hälfte der Menge der gewonnenen Rohstoffe insgesamt. Die Gesamtproduktion an Gesteinskörnungen (Kies, Sand und gebrochene Natursteine, inkl. Quarzsande und gebrochene Kalk- und Dolomitsteine, die nicht zur Zementherstellung verwendet werden) belief sich im Jahr 2014 auf ca. 480 Mio. t.

Dagegen sind die Importe an Gesteinskörnungen mit ca. 11,1 Mio t und die Exporte mit 24,5 Mio t sehr gering. (Rohstoffbericht 2014, BGR).

Da Kiese, Sande u. gebrochene Natursteine vorwiegend in der Bauindustrie Verwendung finden, steht deren Produktionsmenge in direktem Zusammenhang mit dem inländischen Bauvolumen u. der jeweiligen wirtschaftlichen Situation.

Auf Grund der Abhängigkeit der Wirtschaft und der öffentlichen Hand von einer dauerhaft gesicherten Rohstoffversorgung ist diese ein gleichwertiger Belang im Abwägungsprozess. Dabei hat die Rohstoffsicherung jedoch den Grundsatz der Nachhaltigkeit zu wahren.

Deutschlandweit deckten im Jahr 2012 die Recycling-Baustoffe einen Anteil von 12 % des Bedarfs an Gesteinskörnungen (Mineralische Bauabfälle, Monitoring 2012, Kreislaufwirtschaft Bau).

Obwohl der Anteil von sog. Recycling-Baustoffen im Hoch- und Tiefbau steigt – die Recyclingquote liegt bei über 90% der Bauabfälle - machen wachsende Qualitätsansprüche und gesetzliche Vorgaben den Einsatz von Primärbaustoffen weiterhin notwendig.

2.1.2. Rohstoffsituation Baden Württemberg

In Baden-Württemberg konzentriert sich der Abbau von Kiesen und Sanden auf zwei Schwerpunktgebiete:

- Oberrheingraben
- Hochrhein und schwäbisches Alpenvorland

Baden-Württemberg liegt mit einer mittleren jährlichen Fördermenge von 100,8 Mio. t (Mittel aus den Jahren 1992-2011) bei der Gewinnung von mineralischen Rohstoffen mit ca. 10% Anteil im Bundesvergleich an dritter Stelle (Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012 / 2013, LGRB). Seit 2003 schwankt die jährliche Fördermenge um die 90 Mio. t - Marke.

Im Jahr 2011 betrug die Gesamtförderung mineralischer Rohstoffe in Baden Württemberg ca. 92,1 Mio. t, davon 39,3 Mio. t Lockergestein.

Nach dem für 2009 errechneten deutschlandweiten Pro-Kopf-Bedarf von 6,8 t pro Einwohner und Jahr wird in Baden-Württemberg von der heimischen Rohstoffindustrie nur so viel produziert, wie benötigt wird.

Der Versorgungsgrad an Baumasserohstoffen liegt bei fast 100%; der geringe Export über die Landesgrenzen wird durch den Import anderer Steine-Erden-Rohstoffe aus den Nachbarländern in etwa ausgeglichen.

Für Baden-Württemberg stellt der Rohstoffbericht 2012/2013 (LGRB) fest, dass trotz einer Abnahme der neu genehmigten Erweiterungsgebiete (= noch nicht vom Abbau berührte Gebiete innerhalb der Konzessionen) um 5,4 % und trotz abnehmender Flächenausweisungen in den Regionalplänen die Situation noch als überwiegend ausreichend bewertet werden kann. Allerdings gibt es hier rohstoff- und gebietsbezogene Unterschiede.

2.1.3. Rohstoffsituation Region Bodensee-Oberschwaben

Die raumordnerischen Grundsätze sind im Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe (2003) im Kapitel 2 festgeschrieben. Demnach ist zur langfristigen Gewährleistung der Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Ressourcen anzustreben.

Reichhaltige Lagerstättenvorkommen in der Region und die überregionale Versorgungsfunktion machten ein Rohstoffsicherungskonzept bzw. einen Teilregionalplan erforderlich.

Der Teilregionalplan soll die langfristige Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen gewährleisten und in erster Linie die lokale und regionale Versorgung sicherstellen. Darüber hinaus soll dieser regulierend auf die überregionale Versorgung wirken.

Derzeit befindet sich der Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe 2003 in Fortschreibung.

Gem. Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012/2013, LGRB wurden im Jahr 2011 in der Region Bodensee-Oberschwaben „rd. 9 Mio. t mineralischer Rohstoffe gefördert. Dies entspricht einem Anteil von 9,8% an der Gesamtförderung Baden-Württembergs. Damit nimmt die Region im landesweiten Vergleich einen Platz im oberen Mittelfeld ein.“

Die Gewinnung von Kies und Sand macht mit rd. 8,6 Mio t und damit deutlich über 90% Anteil, den Großteil der Gesamtfördermenge aus.

Zu den Entwicklungen im Kies- und Sandabbau in der Region Bodensee-Oberschwaben sind dem Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012/2013 (LGRB) folgende Aussagen zu entnehmen:

- Die vielen [...] Gruben besitzen vor allem für die lokale Versorgung Bedeutung.
- Ausgedehnte, qualitativ hochwertige, homogen aufgebaute Kieskörper stehen bereits alle im Abbau. Eine Konzentration des Kiesabbaus auf weniger Gewinnungsstellen ist deshalb schon aus rohstoffgeologischer Sicht kaum möglich.

Nach aktueller Auskunft (Januar 2017) des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben lag die Gesamtförderung an mineralischen Rohstoffen im Jahr 2013 bei ca. 8,8 Mio t. Im Kreisvergleich besitzt der Landkreis Sigmaringen dabei den größten Anteil an der Fördermenge.

Insgesamt lassen sich seit 1992 rückläufige Fördermengen in der Region feststellen. Gem. Bevölkerungsvorausrechnung lt. STALA (Hauptvariante) wird der langfristige Bedarf (Annahme: 6,8 t/EW/Jahr, Stand 2009 gem. Rohstoffbericht 2012/2013, LGRB) mit ca. 8,4 Mio t benötigter Rohfördermenge ebenfalls leicht zurückgehen (bisherige durchschnittliche Gesamtförderung: 9 Mio t).

Der leicht rückläufig berechnete zukünftige Bedarf kommt den verringerten Abbauraten in der Region zwar entgegen, betrachtet man jedoch die vom Regionalverband Bodensee-Oberschwaben angenommene Trendlinie für die Gesamtförderung (Abnahme der Fördermenge auf unter 8 Mio t ab ca. 2020), ist von einer zukünftig zunehmenden Unterversorgung mit mineralischen Rohstoffen in der Region und der damit zunehmenden Notwendigkeit von Importen auszugehen.

Da alle qualitativ hochwertigen vorhandenen Lagerstätten in der Region bereits im Abbau sind, ist zur Sicherung des nur leicht rückläufigen Bedarfs die zunehmende Notwendigkeit der vollständigen Ausnutzung bestehender Rohstoffvorkommen gegeben. Des Weiteren erfordert die heute bekannte Verknappung der Ressource Kies allgemein einen Zugriff auf qualitativ geringwertigere Lagerstätten mit höherem Konfliktpotenzial.

2.2. BEDEUTUNG DER FIRMA VALET U. OTT IN DER ROHSTOFFVERSORGUNG

Als einer der größten Anbieter von Kies, Sand und Splitt in der Region lag die Verkaufsmenge der Firma Valet u. Ott im Jahr 2016 bei rund 900.000 t. Der langjährige Durchschnitt der Verkaufsmengen liegt sogar bei rund 1,0 Mio. t. Diese Verkaufsmenge wird von den fünf eigenen Werken Otterswang, Göggingen, Rulfingen, Zoznegg und Schwackenreute sowie als Handelsware von der Beteiligungsgesellschaft Kiesbaggerei Weimar geliefert.

Legt man die jährliche Kiesrohförderung des Raumes Sigmaringen für das Jahr 2010 mit 4.691.578 t zu Grunde, entfällt auf die Firma Valet u. Ott ein Marktanteil von ca. 20 %. Valet u. Ott stellt damit einen bedeutenden Anteil der Versorgung der eigenen und benachbarten Regionen mit mineralischen Rohstoffen sicher.

Etwa 10-15% der oben genannten Verkaufsmenge der Kieswerke der Firma Valet u. Ott wird, vorrangig vom Standort Schwackenreute aus, in die Schweiz exportiert. Der ganz überwiegende Anteil dieser Exportmenge entfällt auf Splitte, Brechsande und Gemische hieraus. Ausgangsprodukt der exportierten Mengen sind dabei vor allem sog. Überkörnungen sowie Kiese > 32 mm. Diese Ausgangsstoffe fallen vor allem im Werk Göggingen an, dessen Verkaufsspektrum vorrangig im Bereich < 32 mm liegt. Hierbei anfallende Überkörnungen werden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, der Nachhaltigkeit und vollständigen Verwertung der Rohstoffvorkommen nicht verkippt, sondern zu Splitt und Brechsand aufbereitet. Angesichts anhaltend geringer Bautätigkeit im Bereich Tief- und Straßenbau lassen sich solche Materialien nur eingeschränkt im deutschen Markt absetzen. Auf Grund politischer Entscheidungen in Baden-Württemberg den Straßenbau weiter zurück zu fahren, wird sich diese Situation voraussichtlich weiter verschärfen.

Versorgungskonzept der Firma Valet u. Ott in der Region Bodensee-Oberschwaben

Die Firma Valet u. Ott betreibt mit den Werken Göggingen, Otterswang und Rulfingen drei firmeneigene Kieswerke in der Region Bodensee-Oberschwaben sowie mit den Standorten Zoznegg und Schwackenreute zwei Werke im Landkreis Konstanz. Während in Schwackenreute kein und in Rulfingen gegenwärtig nur noch wenig Kies abgebaut wird, findet der für die Firma maßgebliche Abbau in den Gruben Göggingen, Otterswang und Zoznegg statt. Derzeit kann der Standort Göggingen nur sehr eingeschränkt zur Versorgung beitragen, da auf Grund der auslaufenden Genehmigung die jährliche Abbaurate deutlich reduziert wurde.

Um den vorhandenen regionalen und überregionalen Markt zu sichern und der Nachfrage an Kies, Sand und Splitt gerecht werden zu können, ist die Fa. Valet u. Ott auf Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere ihrer firmeneigenen Abbaustätten angewiesen.

Die anteilige Kiesgewinnung an den Beteiligungen Wagenhart, Jettkofen u. Weihwang reicht nicht aus, um den Marktanteil der Firma zu erfüllen.

Die Rohstoffvorkommen an den Standorten Rulfingen und Schwackenreute sind in den zum Kiesabbau genehmigten Bereichen nahezu bzw. gänzlich erschöpft. In

Schwackenreute gibt es zudem keine genehmigungsfähige Möglichkeit zur Erschließung angrenzender Rohstoffvorkommen. Hinzu kommt, dass die in dieser Region vorzufindenden Vorkommen nur eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten bieten, da dieser Rohstoff häufig nicht frost-/tausalzbeständig ist.

Kiesgewinnungsstandort Göggingen

Für den gesamten Kiesgewinnungsstandort Göggingen gibt es derzeit zwei Abbaugenehmigungen, so dass man einen Bereich „Alte Grube“ (ca. 34 ha) und einen Bereich „Neue Grube“ (ca. 19,8 ha) unterscheiden kann.

Der Großteil der Betriebsflächen befindet sich im Bereich der „Alten Grube“. Die restlichen Flächen der „Alten Grube“ sind fertig rekultiviert, und bereits offiziell aus dem Kiesabbau entlassen.

Das genehmigte Abbaugebiet „Neue Grube“ erstreckt sich auf einer Fläche von insgesamt ca. 19,8 ha. Bisher wurden etwa 95 % dieser Fläche abgebaut.

Gefördert werden Kies, Wandkies und Sand im Trockenabbau. Die anfallenden Mengen an Wandkies werden im Nahbereich (Radius 15 bis 20 km) des Kieswerkes abgesetzt. Die groben Bestandteile des Rohstoffes (>32 mm) werden in der werkseigenen Aufbereitungsanlage (Trockenaufbereitung) teilweise zu Splitten und Gemischen verarbeitet. Außerdem werden diese Materialien zum größten Teil im Werk Schwackenreute weiter verarbeitet (Edelsplitt und Brechsande). Die trocken gesiebte Splittmenge wird überwiegend im Nahbereich vermarktet (Straßenbau, Asphaltmischanlagen u. a.).

Bedient wird der nordwestliche und nördliche Teil des Landkreises Sigmaringen sowie die angrenzenden Landkreise Tuttlingen, Konstanz, Rottweil und Balingen.

Für eine Erweiterung des Kiesabbaus in Göggingen gibt es seit Januar 2016 einen positiven Raumordnungsbescheid.

Die jährliche Abbaurate in der bestehenden Grube wurde in den letzten Jahren aufgrund der zeitlichen Verzögerung des Raumordnungsverfahrens für die Erweiterung des Kiesgewinnungsstandortes Göggingen von mehr als 250.000 t jährlich auf etwa 100.000 t / Jahr reduziert, um die Rohstoffgewinnung bis zur Genehmigung der Kiesabbauerweiterung hinauszuzögern.

Hieraus ergibt sich eine Versorgungslücke von ca. 150.000 t Kies / Jahr. Diese kann derzeit nur teilweise durch temporär erhöhten Abbau in anderen Gruben der Firma Valet u. Ott gedeckt werden.

Für eine Erweiterung des Kiesabbaus in Göggingen ist das Raumordnungsverfahren seit Januar 2016 abgeschlossen. Mit Bescheid vom 21.01.2016 zur „Raumordnerischen Beurteilung mit Zielabweichungen für die geplanten Erweiterungen des Kiesabbaus der Firmen Valet u. Ott / M. Baur am Standort Krauchenwies“ wurde seitens des Regierungspräsidiums bestätigt, dass zur Rohstoffversorgung des Landes die Erweiterung des bestehenden Kiesgewinnungsstandortes Göggingen notwendig ist.

Durch die Festlegung des Untersuchungsrahmens am 13.10.2016 (Scoping) wurde das Genehmigungsverfahren zum geplanten Kiesabbau Valet u. Ott / M. Baur offiziell eingeleitet. Mit Genehmigung der Erweiterung in Göggingen frühestens Mitte 2018

stehen der Firma Valet u. Ott ab Sommer 2018 in Göggingen etwa 250.000 t jährlich für ca. 15 Jahre zur Verfügung.

Kiesgewinnungsstandort Otterswang

Der Abbau im Grubenbereich „Hummerbühl/Hummeräcker“ wurde Ende 2011 abgeschlossen.

Der Fortbestand des Kiesgewinnungsstandorts Otterswang konnte durch die Genehmigung eines Abbaus von ca. 30 ha mit einer Laufzeit von etwa 30 Jahren im Mai 2011 gesichert werden. Teilabschnitte des zweiten Abbauabschnittes befinden sich gegenwärtig in Abbau.

Die jährliche Abbaurate beträgt ca. 350.000 t. Abgebaut wird Kies, Sand und Wandkies im Trocken- und Nassabbau. Mit dieser jährlichen Abbaurate ergibt sich ein voraussichtliches Abbauende bis ca. 2041.

Bedient wird in erster Linie der nordwestliche und nördliche Teil des Landkreises Sigmaringen sowie die angrenzenden Landkreise Tuttlingen, Konstanz, Rottweil, Tübingen, Reutlingen, der Zollernalbkreis und Teile des Großraumes Stuttgart (u. a. der Raum Böblingen-Sindelfingen).

Um das Ende des Abbaus der Lagerstätte Göggingen bis zu einer „Neugenehmigung“ hinauszuzögern übernimmt der Kiesgewinnungsstandort Otterswang zeitweise einen Teil der Belieferung des Werkes Schwackenreute mit Rohkies. Außerdem schließt der Standort Otterswang derzeit durch eine erhöhte Abbaurate (bis zu 450.000 t) die bestehende Versorgungslücke teilweise. Sofern in den nächsten Jahren nicht eine deutliche Reduzierung der Abbaurate erfolgen kann, wird sich die Gesamtlaufzeit des Kiesgewinnungsstandortes Otterswang dadurch voraussichtlich deutlich verkürzen.

Kiesgewinnungsstandort Rulfingen

Am Standort Rulfingen werden derzeit noch äußerst geringe Restmengen am See Süd II abgebaut. Der Kiesabbau an allen anderen Seen der Firma Valet u. Ott ist bereits abgeschlossen.

Rulfingen ist der Haupt- und Heimatsitz der Firma Valet u. Ott in Oberschwaben. Die Gesamtverwaltung aller Standorte, sowie weiterer Gesellschaften sind hier angesiedelt (ca. 70 Arbeitsplätze, inkl. Logistik). Am Standort sind große Werkstatthallen, große Lagerflächen, Sozialräume sowie das zentrale Ersatzteillager vorhanden. Außerdem gibt es in Rulfingen zwei leistungsfähige Aufbereitungsanlagen. Produziert werden kann das gesamte Spektrum an gewaschenen Materialien (Kies, Sand und Splitt), darüber hinaus Gemische und Spezialitäten.

Die jährliche Abbaurate in Rulfingen beträgt derzeit ca. 5.000 t. Abgebaut werden Kies und Sand im Nassabbau.

Im Jahr 2016 wurden am Standort ca. 190.000 t aufbereitet und verkauft. Die Genehmigung zur Entnahme und Einleitung von Waschwasser ist bis Ende 2019 befristet. Das Werk ist fast ausschließlich auf die Versorgung mit Rohkies von anderen Standorten der Firma Valet u. Ott angewiesen, was mit hohen Kosten verbunden ist. Vorrangig erfolgt die Versorgung aus der Grube Wagenhart der Kiesbaggerei Weimar, an der Valet u. Ott beteiligt ist (ca. 112.000 t). Weitere Rohkiesmengen werden aus den firmeneigenen Kiesgruben in Zoznegg, Otterswang, Weihwang und Göggingen bezogen.

Die Aufbereitung des angelieferten Rohkieses erfolgt in zwei miteinander verbundenen Aufbereitungsanlagen am Standort Rulfingen. Der angelieferte Kies wird in zwei Fraktionen getrennt. Das Material > 32mm wird in der schon seit Jahrzehnten bestehenden Splittanlage gebrochen, abgesiebt und gewaschen. Der Kies/Sand < 32 mm wird über eine im Jahr 2015 beschaffte Kieswäsche mit angeschlossener Waschwasseraufbereitung sowie Kreislaufführung, Klarwasserbecken und Schlammteichen gewaschen und aufbereitet. Hierzu wurde am 18.1.2016 von der Stadt Mengen als zuständige Genehmigungsbehörde (AZ 00028-2015) eine Baugenehmigung erteilt.

Zur Sicherung des Aufbereitungsstandort Rulfingen über das Jahr 2019 hinaus wurde ergänzend zur vorgenannten Baugenehmigung am 24.10.2016 ein Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Entnahme von Brauchwasser bis zum 31.12.2029 und zur Einleitung von Waschwasser in den See Süd 1 eingereicht. Bis zur Genehmigung der Erweiterung des Nassabbaus am See Süd 3 soll fast ausschließlich Kies aus anderen Kiesgruben verarbeitet werden, nach der Genehmigung soll der Anteil an Fremdmaterial auf ca. 50-60% reduziert werden. Mit diesem Antrag verfolgt die Firma das Ziel den Aufbereitungsstandort zumindest bis Ende 2029 nutzen zu können.

Kieswerk Zoznegg

Am Standort Zoznegg werden derzeit ca. 60.000 bis 70.000 t / Jahr abgebaut. Ein Teil des Rohmaterials wird in der standorteigenen Aufbereitungsanlage aufbereitet und an Selbstabholer (v.a. Gartenbau) vermarktet bzw. im Betonwerk am Standort weiterverarbeitet. Der zweite, größere Teil des Rohmaterials geht nach Schwackenreute. Das voraussichtliche Abbauende ist in Zoznegg 2020 zu erwarten.

Derzeit bestehen keine Erweiterungsmöglichkeiten gem. dem gültigen Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe Hochrhein-Bodensee, 2005. Im Zuge der Fortschreibung des Regionalplanes Hochrhein-Bodensee werden jedoch Erweiterungsmöglichkeiten am Standort geprüft, die gemäß rohstoffgeologischer Erkundung abbauwürdig sind.

Eine vollständige Versorgung des Werks Schwackenreute (s.u.) von der 2008 übernommenen Grube Zoznegg (Landkreis Konstanz) ist aus Qualitätsgründen nicht möglich. Das dort angefundene Material ist nur eingeschränkt technisch verwertbar, da nicht frost- / tausalzbeständig.

Aufbereitungsanlage Schwackenreute

Da in Schwackenreute kein Abbau mehr stattfindet, muss die verhältnismäßig junge, hoch leistungsfähige Aufbereitungsanlage mit Rohmaterial von anderen firmeneigenen Grubenstandorten (Göggingen, Otterswang, Zoznegg u.a.) versorgt werden. Das Werk kann sowohl Splitte als auch gewaschenen Sand und Kies produzieren. Die jährliche Aufbereitungs- u. Handelsmenge schwankt zwischen 220.000 und 280.000 t /Jahr.

Vom Standort Schwackenreute aus erfolgen die Versorgung des umliegenden Raumes u. der angrenzenden Region, sowie der Export in die Schweiz.

Beteiligungen

Neben den firmeneigenen Kiesgewinnungsstandorten ist die Firma Valet u. Ott in der Region an der Kiesgewinnung des Standorts Weihwang sowie an der Kiesbaggerei

Weimar GmbH & Co. KG mit den Standorten Jettkofen und Wagenhart/Tafertsweiler beteiligt.

Kiesgewinnungsstandort Weihwang:

Für diesen im Teilregionalplan eingetragenen „Schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Nr. 437-124“ besteht eine Genehmigung für Trockenabbau in mehreren Abschnitten.

Nachfolgend aufgeführte Gründe führen dazu, dass in dieser Grube nur unregelmäßig und situationsbedingt in geringen Mengen Kies abgebaut wird.

- Infolge des häufig ungünstigen Verhältnisses von Abraum zu Kieslagerstätte und einer zu anderen Grubenstandorten vergleichsweise schlechten Materialqualität besteht eine schlechte Wirtschaftlichkeit.
- Der Kiesgewinnungsstandort Weihwang wird von zwei gleichberechtigten Partnern genutzt. Damit steht Valet u. Ott auch nur die Hälfte des anfallenden Kieses und Sandes zu.
- Ca. 70 % der genehmigten Fläche befinden sich nicht im Eigentum und müssen erst noch erworben werden.
- Die größere Frachtdistanz zum Werk Schwackenreute stellt einen erheblichen Kostennachteil im Vergleich zum Werk Göggingen dar, was die Wirtschaftlichkeit deutlich reduziert. Otterswang hingegen hat ein eigenes Vorkommen, bei dem teure LKW-Transporte entfallen.

Die Firma Valet u. Ott bezieht jährlich durchschnittlich ca. 25.000 t Rohstoff aus Weihwang. Für die nächsten zwei Jahre (2017/2018) können ca. 50.000 t Rohstoff jährlich bezogen werden, danach muss die Firma Valet u. Ott jedoch zu Gunsten des zweiten Gesellschafters den Bezug zurückfahren.

Wird eine Aufbereitung des hier gewonnen Rohmaterials erforderlich, so erfolgt diese vornehmlich in der Aufbereitungsanlage in Mengen-Rulfingen.

Der Kiesgewinnungsstandort Weihwang kann nicht in der Art und Weise wie ursprünglich im Rohstoffsicherungskonzept angenommen zur Rohstoffversorgung des Raumes bis 2018 beitragen.

Kiesgewinnungsstandort Wagenhart:

Lt. Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe (2003) setzt sich dieser Standort zusammen aus:

- einer Rohstoffgewinnungsstelle genehmigt (Kernbereich Mitte)
- einer Rohstoffgewinnungsstelle im Abbau (Kernbereich Mitte)
- einem „Schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Nr. 436-112“ Wagenhart
Dieser wird als Neuerschließung mit verhältnismäßig hohem Konfliktpotential (Siedlung, Wasser, Produktionswald, Biotopkomplexe u.a.) beschrieben. Es ist noch kein Verfahren dazu eingeleitet.
- einem „Schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Nr. 437-114“ Wagenhart - Kernbereich - Nord + West
Die Unterlagen zur Abbaugenehmigung wurden Ende 2016 eingereicht.
Der „Schutzbedürftige Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Nr.

437-114 Wagenhart - Kernbereich - Nord + West“ ist unter vier Gesellschaftern aufgeteilt. Die Firma Valet u. Ott ist einer davon. Auch hier ergibt sich die Erschwernis in der Entscheidungsfindung durch die erforderliche Abstimmung untereinander.

- einem „Schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Nr. 437-115“ Wagenhart - Erweiterung Süd
Dieses Gebiet befindet sich noch in keinem Genehmigungsverfahren.

Der Kiesgewinnungsstandort Wagenhart besitzt noch keine Aufbereitungsanlage. Das hier gewonnene Rohmaterial wird größtenteils in den nahe liegenden Werken wie z.B. Jettkoben aufbereitet, oder als Rohmaterial an die Gesellschafter der Kiesbaggerei Weimar verkauft (s. u.). Es ist geplant, nach Erschöpfung der Vorräte in Wangen/Jettkoben, voraussichtlich in 4-5 Jahren, das dortige Werk rückzubauen und ein neues Werk in Wagenhart zu errichten. Hiervon kann dann aufbereiteter Kies bezogen werden.

Vom Standort Wagenhart aus wird aktuell ein Großteil (ca. 112.000 t) der im Kieswerk Rulfingen aufbereiteten Materialien bezogen.

Kiesgewinnungsstandort Wangen/Jettkoben:

Der noch geltende Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe (2003) beschreibt diesen Standort wie folgt:

- Rohstoffgewinnungsstelle im Abbau
- „Schutzbedürftiger Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Nr. 437-118 Wangen“; für diesen besteht eine Genehmigung für Nassauskiesung

Dieser Standort wird von der Kiesbaggerei Weimar GmbH & Co. KG, die sich aus vier Gesellschaftern zusammensetzt, betrieben. Die Firma Valet u. Ott ist ein Gesellschafter und entsprechend an der Produktion beteiligt.

Von hier aus erfolgt der Verkauf in die eigene und auch in die benachbarte Region.

Die Vorräte in Wangen/Jettkoben werden in ca. 4-5 Jahren erschöpft sein. Dann wird das dortige Werk rückgebaut.

Standort	Aktuelle jährliche Abbaurrate	Voraussichtliches Abbauende	Zukünftige jährliche Abbaurrate (2018-)	Voraussichtliches Abbauende
Göggingen	ca. 100.000 t Trockenabbau (Kies, Wandkies, Sand)	ca. 2017	ca. 250.000 t	
Otterswang	ca. 350.000 t Trocken- u. Nassabbau (Kies, Sand, Wandkies)	ca. 2041	ca. 350.000 t	ca. 2041
Rulfingen	Ca. 5.000 t Nassabbau (Kies, Sand)	2019	Ca. 120.000 t	ca. 2033
Zoznegg	Ca. 70.000 t Trockenabbau (Kies, Sand)	2020	Ca. 70.000 t	2020
Schwackenreute	kein Abbau ! Aufbereitung u. Handel von Material aus firmeneigenen Gruben (Kies, Sand, Splitt)		kein Abbau !	
Weihwang (Beteiligung)	Ca. 25.000 t Anteil Valet u. Ott Trockenabbau	abhängig von Eigentumsverhältnissen	Bezug von 50.000 t für zwei Jahre (danach muss der Bezug zurückgeführt werden.)	
Kiesbaggerei Weimar GmbH & Co. KG (Beteiligung)	Ca. 100.000 – 150.000 t Anteil Valet u. Ott		Nach Errichtung des Werkes Wagenhart in 4-5 Jahren können fehlende Mengen hiervon bezogen werden (aufbereiteter Kies).	
SUMME	Ca. 700.000 t		Ca. 790.000 t	

Tabelle 1: Übersicht der firmeneigenen Kiesgewinnungsstellen der Firma Valet u. Ott in der Region

2.3. BEGRÜNDUNG DER ERWEITERUNG AM STANDORT RULFINGEN / BEDARFSERMITTLUNG

In der Region Bodensee-Oberschwaben sind die Fördermengen an mineralischen Rohstoffen seit 1992 rückläufig. Da gem. der Bevölkerungsvorausrechnung (STALA) langfristig mit einem nur gering rückläufigen Rohstoffbedarf zu rechnen ist, ist zur Sicherung des Bedarfs die zunehmende Notwendigkeit der vollständigen Ausnutzung bestehender Rohstoffvorkommen gegeben.

Auf Grund dessen hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben eine Erweiterung des Rohstoffabbaus am Standort Rulfingen zur Deckung des langfristigen Rohstoffbedarfes der Region grundsätzlich positiv beurteilt (Ergebnisniederschrift zur Festlegung des Untersuchungsrahmens am 12.12.2016 im Landratsamt Sigmaringen). Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist, ist die geplante Erweiterung des Kiesabbaus am Standort Rulfingen im Vorentwurf der Regionalplanfortschreibung enthalten. Nach telefonischer Auskunft des Regionalverbands (Telefonat 07.08.2017) ist jedoch mit einem Anhörungsentwurf erst Frühjahr 2018 zu rechnen. Ein genehmigter, rechtskräftiger Regionalplan ist, etwaige Planungshindernisse einkalkuliert, frühestens Anfang 2020 zu erwarten. Bis dahin gilt der Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe Bodensee-Oberschwaben (2003).

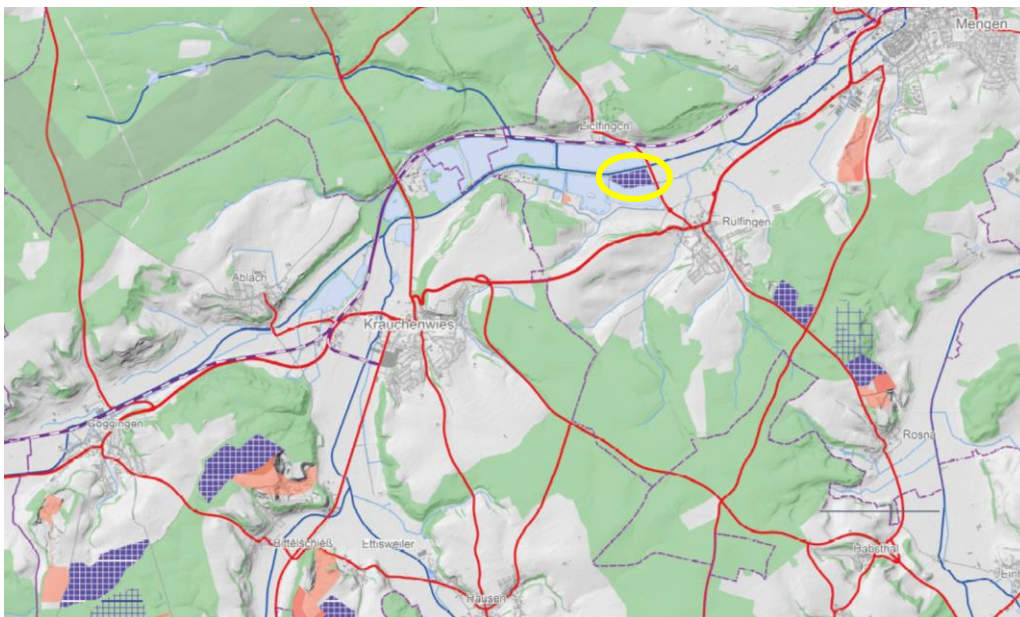


Abbildung 2: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Sitzungsvorlage Planungsausschuß, 03.07.2017, oberflächennahe Rohstoffe

Wie dargelegt besitzt die Firma Valet u. Ott GmbH & Co. KG im Raum Sigmaringen mit dem Verkauf von 900.000 - 1 Mio t Kies, Sand und Splitt jährlich einen Marktanteil von ca. 20% und stellt damit einen bedeutenden Anteil der Versorgung der Region Sigmaringen und angrenzender Landkreise mit mineralischen Rohstoffen sicher (vgl. Kapitel 2.1 und 2.2).

Die Rohstoffvorkommen an den Standorten Rulfingen und Schwackenreute sind nahezu bzw. gänzlich erschöpft. Schwackenreute bietet zudem keine genehmigungsfähige Möglichkeit zur Erschließung nennenswerter angrenzender Rohstoffvorkommen.

Der noch gültige Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe Bodensee-Oberschwaben (2003) weist an den firmeneigenen Standorten der Firma Valet u. Ott keine Erweiterungsmöglichkeiten (Schutzbedürftiger Bereich für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen oder Bereich zur Sicherung von Rohstoffvorkommen) mehr aus.

Wie bereits erwähnt befindet sich die Regionalplanfortschreibung mit Neuausweisungen von Bereichen für den Kiesabbau mit voraussichtlich 2 Zeithorizonten (15 Jahre Schutzbedürftiger Bereich / 15 Jahre Sicherungsbereich) derzeit im Verfahren. D.h. für die Firma Valet u. Ott besteht gem. geltendem Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe 2003 derzeit keine Erweiterungsmöglichkeit der firmeneigenen Standorte mehr.

Wie Tabelle 1 darlegt, fehlen der Firma Valet u. Ott derzeit ca. 150.000 – 200.000 t Kies / Jahr um den bisherigen Bedarf weiterhin decken zu können.

Derzeit wird diese Lücke durch temporär erhöhten Abbau in der Kiesgrube Otterswang sowie einem erhöhten Bezug von Rohstoff aus den Beteiligungen Weihwang und Wagenhart gedeckt. Zusätzlich werden größere Mengen von anderen Kieswerken zugekauft.

Die erhöhten Abbauraten in den Gruben Wagenhart, Weihwang und Otterswang sind nur kurzzeitig möglich, wenn die geplanten langfristigen Zeiträume (z.B. Otterswang bis 2041) zur Rohstoffversorgung eingehalten werden sollen. Die Notwendigkeit der Erweiterung des Kiesgewinnungsstandortes Göggingen zur Rohstoffversorgung des Landes wurde mit Raumordnungsbescheid vom 21.01.2016 seitens des Regierungspräsidiums Tübingen bestätigt. Die Genehmigung wird frühestens Mitte 2018 erteilt. Hierdurch kann die bestehende Versorgungslücke durch die Reduzierung des Abbaus in der bestehenden Grube Göggingen wieder geschlossen werden.

Derzeit wird ein Großteil der im Kieswerk Rulfingen aufbereiteten Materialien vom Standort Wagenhart bezogen. Mit der Genehmigung der Erweiterung des Kiesabbaus in Rulfingen soll die derzeit aus Wagenhart angelieferte Rohkiesmenge aus ökonomischen und ökologischen (Fahrtstrecken) Gründen durch die standorteigenen Rohkiese weitgehend ersetzt werden.

Wie Tabelle 1 zeigt, entsprechen auch mit der Genehmigung der Erweiterung in Rulfingen die in den Werken der Firma Valet u. Ott geförderten Rohstoffmengen nicht dem derzeitigen Marktanteil der Firma von 900.000 – 1 Mio t. Fehlende Mengen können nach Errichtung des neuen Werks in Wagenhart ggf. von dort zugekauft werden.

Gem. Begründung des Landesentwicklungsplanes 2002 zu 5.2.1 ist „die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und verbrauchernahen Versorgung mit oberflächennahen Rohstoffen eine zentrale Aufgabe der Landes- und Regionalplanung. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn der heimischen Rohstoffindustrie die Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden, die einer realistischen Prognose der Rohstoffnachfrage entsprechen.“

Die Versorgung des Raumes mit Rohstoffen ist von öffentlichem Interesse. Es besteht somit der dringende Bedarf, bestehende Versorgungslücken zu schließen.

Die langfristige Deckung der fehlenden Mengen aus anderen Landkreisen oder anderen betriebseigenen Werken der Firma Valet u. Ott mit genehmigten Abbauflächen bzw. ein Ersatz durch Substitute ist nicht möglich (s. Alternativenprüfung, Kapitel 2.4).

Aus diesen Gründen ist – soll der regionale und überregionale Bedarf an Rohstoffen auch in Zukunft wie bisher gedeckt werden – die Firma Valet u. Ott dringend und zeitnah auf die Erweiterung einer weiteren ihrer firmeneigenen Abbaustätten angewiesen. Hierfür kommt nach Prüfung aller Alternativen nur der Standort Rulfingen in Frage (s. Kapitel 2.4.2).

Einer Fortführung des Raumordnungsverfahrens sollte gegenüber weiteren Verzögerungen aus folgenden Gründen der Vorrang gegeben werden:

- Seit 2011 werden in Abstimmung mit den Fachbehörden Untersuchungen (Hydrologie, Fauna etc.) durchgeführt.
- Alle für das Raumordnungsverfahren erforderlichen Unterlagen sind fertig gestellt und weisen einen hohen Detaillierungsgrad auf.
- Eine rechtskräftige Regionalplanfortschreibung wird nach Aussage Regionalverband frühestens 2020 vorliegen. Die mit den Fachbehörden abgestimmten Untersuchungen wären dann fast 10 Jahre alt.
- Die oben beschriebene Situation der Dringlichkeit (Versorgungslücken etc.) würde sich maßgeblich verschärfen.
- Da am Standort Göggingen ausschließlich ungewaschene Produkte hergestellt werden können bringt eine für Mitte 2018 erwartete Genehmigung auch keine Entspannung für den Standort Rulfingen, an dem gewaschene Kies, Sande und Splitte produziert werden.

2.4. ALTERNATIVEN / ERSATZMÖGLICHKEITEN

2.4.1. Substitute

Als **Substitute** für die natürlichen Rohstoffe Kies und Sand kommen Sekundärrohstoffe aus der Bauschuttaufbereitung und aufbereiteter Naturstein aus Jura- und Muschelkalkvorkommen (Schotter) in Betracht.

Gem. Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012 / 2013 (LGRB) lag die Quote an verwendetem Recyclingmaterial im Jahr 2011 bei 7,1 % des Rohstoffaufkommens aus Quellen in Baden-Württemberg.

Deutschlandweit deckten im Jahr 2012 die Recycling-Baustoffe einen Anteil von 12 % des Bedarfs an Gesteinskörnungen (Mineralische Bauabfälle, Monitoring 2012, Kreislaufwirtschaft Bau).

Bezogen auf den Rohstoffverbrauch der Region wurde im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben von 1996 eine Substitutionsquote von Kies und Sand durch Recyclingmaterial zwischen 10 und 15 % angestrebt.

Hierzu werden aktuelle Aussagen seitens des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben mit Neuauflage des Teilregionalplanes erwartet.

In den Landkreisen Tuttlingen, Rottweil, Reutlingen, Tübingen, dem Zollernalbkreis und im Großraum Stuttgart gibt es Natursteinvorkommen aus Jura- und Muschelkalk, aus denen Schotter für die Verwendung im Straßen-, Tief- und Wegebau gewonnen wird. In dem beschriebenen Landschaftsausschnitt konnte die Verwendung von Schotter den Einsatz von Kies und Sand teilweise ersetzen. Allerdings ist zur Veredelung von Schottermaterialien die Verwendung von Moränesanden zusätzlich erforderlich.

Die Möglichkeiten der Substitution durch Schotter aus Jura- und Muschelkalk sind weitgehend ausgeschöpft. Die technischen Anforderungen (Polierwerte, Frost-/Tausalz, Bitumen-Affinität) drängen den Schotter wieder zurück. Es ist daher davon auszugehen, dass die bisher benötigte Menge Kies und Sand auch in Zukunft von der Region Bodensee Oberschwaben angefordert wird.

Holz kann Kies als Baustoff nicht direkt ersetzen. Eine Substitution ist nur möglich, indem anstelle des Baustoffes Beton der Baustoff Holz verwendet wird. Dies ist nur in beschränkten Bereichen möglich im Hochbau, z.B. im Geschossdecken- und Treppenbau.

Im Straßen- und Tiefbau hat Holz als Baustoff, abgesehen von örtlich notwendigen Verbaumaßnahmen, keinerlei Bedeutung und kann gänzlich vernachlässigt werden. Mengenmäßig ergibt sich dadurch ein noch wesentlich geringerer Anteil als bei der Substitution durch Bauschutt- und -recycling.

Gem. Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012/2013 (LGRB) machten heimische Hölzer in Baden-Württemberg im Jahr 2011 6,8% der aus heimischen Quellen zur Verfügung gestellten Menge an festen Massenrohstoffen aus.

Auch in Zukunft ist nicht damit zu rechnen, dass sich der Bedarf an Kies und Sand durch einen größeren Einsatz von Holz verringern wird.

2.4.2. Alternative Kiesgewinnung in anderen Landkreisen

Der Ersatz durch Kiesgewinnung in benachbarten Landkreisen scheidet aus, da hier entweder ebenfalls Schwierigkeiten bei der Versorgung bestehen (u.a. Konstanz) oder Kies- und Sandvorkommen nur in geringem Umfang vorhanden sind (wie z.B. Tuttlingen, Rottweil, Reutlingen, Tübingen und Großraum Stuttgart). Die genannten Nachbargebiete sind weiterhin auf die Versorgung aus anderen Gebieten wie z.B. dem Landkreis Sigmaringen, angewiesen. Dies entspricht den festgelegten Zielen des Teilregionalplanes Oberflächennahe Rohstoffe (2003).

„Nach den Erhebungen des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben werden nur etwa die Hälfte der in der Region gewonnenen Kiese und Sande auch in der Region verbraucht. Der etwa gleiche Anteil wird in benachbarte Gebiete außerhalb der Region geliefert.

Der Raum Neckar-Alb bspw., der über keine größeren eigenen Kieslagerstätten verfügt, wird vorwiegend aus dem Landkreis Sigmaringen versorgt.“ (Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe 2003, S.16)

2.4.3. Firmenbezogene standörtliche Alternativen einschließlich Nullvariante

Die Firma Valet u. Ott trägt maßgeblich zur Rohstoffversorgung bei (Marktanteil in der Region ca. 20%) und ist durch ihre jeweilige betriebliche Situation örtlich gebunden.

Die Situation in den fünf firmeneigenen Standorten sowie der beiden Beteiligungen wurde bereits dargestellt (Kapitel 2.2).

- Der Abbau in **Otterswang** ist bei einer jährlichen Abbaurate von ca. 350.000 t bis ca. 2041 gesichert. Derzeit schließt der Standort Otterswang durch eine erhöhte Abbaurate die bestehende Versorgungslücke teilweise.
- Die Restmenge an Rohstoff reicht bei einer verringerten Abbaurate von derzeit 100.000 t / Jahr in **Göggingen** nur noch bis Mitte / Ende 2017. Für eine Erweiterung des Kiesabbaus in Göggingen gibt es seit Januar 2016 einen positiven Raumordnungsbescheid. Mit Genehmigung der Erweiterung in Göggingen frühestens Mitte 2018 stehen der Firma Valet u. Ott in Göggingen ca. 250.000 t jährlich für 15 Jahre zur Verfügung.
- In **Rulfingen** werden nur noch Kleinmengen am See Süd II abgebaut (jährliche Abbaurate ca. 5.000 t).
- In **Zoznegg** beträgt die jährliche Abbaurate ca. 70.000 t
- In **Schwackenreute** findet kein Abbau mehr statt, keine Erweiterungsmöglichkeit gegeben.
- Aus **Weihwang** können für zwei Jahre ca. 50.000 t jährlich bezogen werden. Danach muss zu Gunsten des zweiten Gesellschafters reduziert werden.
- Von der Beteiligung **Weimar** werden derzeit 100.000 – 150.000 t jährlich bezogen. Zukünftig soll die Erweiterung in Rulfingen diese Mengen ersetzen.

Um den Marktanteil von 900.000 - 1 Mio t der Firma Valet u. Ott halten zu können reichen die aktuell geförderten Mengen nicht aus (s. Tabelle 1).

Zur Deckung der fehlenden Mengen wurden folgende Alternativen betrachtet:

Alternative 1 – Erhöhung der Abbaurate in Otterswang

Alternative 1 wäre, den Kiesabbau in Otterswang weiter zu forcieren und hier deutlich mehr Mengen an Rohkies in kürzerer Zeit abzubauen um die Versorgung des Marktes wie bisher gewährleisten zu können.

Eine solche Erhöhung ist in Otterswang aus folgenden Gründen nicht möglich:

- Die zeitliche Verfügbarkeit der mit Wald bestockten Grundstücksflächen ist u.a. abhängig von der Holzreife und daher zeitweise nicht gegeben.
- Technisch schwierig
- Die gesamte Genehmigungsplanung in Otterswang mit den Komponenten Größe der offenen Grubenflächen, Grundwasserschutz, Aufforstung, Landschaftsbild, Zug um Zug Verfüllung (Verfügbarkeit von ca. 1,5 Mio. t Fremdmaterial) und Rekultivierung, Immissionsschutz etc. ist auf eine Abbaumenge von ca. 350.000 t / Jahr abgestimmt und wäre dann nicht mehr haltbar. Es ergäben sich daraus neue Konflikte mit den Bürgern und den Kommunen.
- Abbauende in Otterswang bereits 10-15 Jahre früher als geplant Verschärfend kommt hinzu, dass mit aktuellen Erfahrungen im Abbauabschnitt I die Materialqualität im Trockenabbau sich schlechter darstellt als erwartet und viel Nagelfluhvorkommen zu Tage tritt.
- In Otterswang ist die Aufbereitung von max. 360.000 t Rohkies jährlich möglich. Erhöhte Abbauraten bedingen deswegen erhöhte Verkehrsbelastungen durch Transport von Rohkies zur Aufbereitung an anderen Standorten / Kreisverkehr zwischen den Standorten.

D.h. eine langfristige Erhöhung der Abbaurate in Otterswang über die derzeitige jährliche Abbaurate hinaus zur Deckung des Bedarfs kommt nicht in Frage. Sofern in den nächsten Jahren nicht eine deutliche Reduzierung der derzeit bereits erhöhten Abbaurate erfolgen kann, wird sich die Gesamtlaufzeit des Kiesgewinnungsstandortes Otterswang dadurch voraussichtlich deutlich verkürzen.

Alternative 2 – Erhöhung der Abbaurate in Zoznegg

In Zoznegg kann die Abbaurate aus technischen Gründen ebenfalls nicht erhöht werden. Des Weiteren entspricht das Material nicht den Qualitätsansprüchen (z.B. Frostbeständigkeit) der Abnehmer.

Eine Deckung der Versorgungslücke durch eine Erhöhung der Abbaurate in Zoznegg ist nicht möglich.

Alternative 3 – Erhöhung der Mengen aus Weimar und Weihwang

Eine Deckung der Versorgungslücke durch Bezug von mehr Mengen aus den Beteiligungen Weimar und Weihwang ist ebenfalls nicht möglich.

- Schnellere Ausbeutung der Lagerstätten
- Die gesamte Genehmigungsplanung mit den Komponenten offene Grubenflächen, Grundwasserschutz, Landschaftsbild, Zug um Zug Verfüllung (Verfügbarkeit von ausreichend Fremdmaterial) und Rekultivierung, Immissionsschutz etc. ist auf die festgelegte mittlere jährliche Abbaurate abgestimmt und wäre dann nicht mehr haltbar. Es ergäben sich daraus neue Konflikte mit den Bürgern und Kommunen.
- Derzeit noch fehlende Produktionskapazität für aufbereitete Materialien. Fehlende Mengen können nach Errichtung des neuen Werks in Wagenhart in ca. 4-5 Jahren ggf. von dort zugekauft werden. Für eine komplette Deckung des Bedarfs reichen die Beteiligungen jedoch nicht aus.

Dies bedeutet, dass die fehlenden Mengen nicht zusätzlich aus den bereits bestehenden firmeneigenen Gruben bzw. Beteiligungen entnommen werden können.

Alternative 4 – Erweiterung des Kiesabbaus am Standort Rulfingen

Alternative 4 geht von einer Genehmigung der Erweiterung am Standort Rulfingen aus.

Die am Standort bestehende sehr gute Infrastruktur, die sehr gute Qualität und Quantität des Rohstoffes (s. Kapitel 2) sowie die Möglichkeit der Erweiterung eines bestehenden Aufschlusses (entspricht den Grundsätzen des Teilregionalplans Oberflächennahe Rohstoffe, 2003) sowie der in den vorangestellten Kapiteln dargestellte regionale und überregionale Rohstoffbedarf begründen die Erweiterungsabsichten der Firma Valet u. Ott am Standort Rulfingen.

Am Standort Rulfingen ist eine leistungsfähige Aufbereitungsanlage vorhanden. Durch die Erweiterung in Rulfingen kann der Rohkies vor Ort weiterverarbeitet und direkt vermarktet werden. Der Materialtransport zwischen den Werken mit den damit verbundenen Verkehrsbelastungen, wie bei den Alternativen 1, 2 und 3 erforderlich, wird reduziert.

Eine Erweiterung am Standort Rulfingen hat darüber hinaus den Vorteil, dass Rulfingen lagemäßig sehr günstig an den Absatzmärkten im Norden liegt und auch dadurch die Verkehrsbelastung des Raumes verhältnismäßig gering gehalten werden kann. Von Rulfingen aus besteht ein direkter Anschluss an die L456 nach Sigmaringen und in die nördlich angrenzenden Absatzmärkte.

Die überwiegende Versorgung des nördlichen Raumes (Landkreise Tübingen, Reutlingen, Rottweil und Zollernalbkreis) ging bisher von den Standorten Göggingen und Otterswang aus. Damit war eine Verkehrsbelastung der Gemeinde Krauchenwies verbunden. Durch Nutzung der Rohstoffvorräte und der bestehenden Aufbereitungsmöglichkeiten in Rulfingen findet eine Verlagerung der Produktion in Richtung der Absatzmärkte statt, was eine Verkehrsberuhigung für z.B. die Gemeinde Krauchenwies mit sich bringt.

Alternative 5 – Nullvariante

Die Nullvariante geht von folgenden Voraussetzungen aus:

Abbauende in Rulfingen 2019 – keine Erweiterungsmöglichkeit gem. Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe Bodensee-Oberschwaben (2003)

Die Firma Valet u. Ott kann in diesem Fall nur noch auf ihre genehmigten Abbaustandorte und -mengen in Otterswang und Zoznegg sowie auf die Beteiligungen Weihwang und Weimar zugreifen, sowie auf die frühestens bis Ende 2017 genehmigte Erweiterung in Göggingen. Damit könnte der Marktanteil der Firma Valet u. Ott von 20% im Landkreis Sigmaringen nicht gehalten werden.

Ob diese Lücke durch andere Firmen und Raumordnungs- u. Genehmigungsverfahren im Landkreis zeitnah gedeckt werden könnte, ist fraglich. Ein Ersatz durch Kiesgewinnung in anderen Landkreisen ist nicht möglich (s.o.).

Fazit Alternativenprüfung

Für die Firma Valet u. Ott mit einem jährlichen Marktanteil von etwa 900.000 - 1 Mio. t. / Jahr (Raum Sigmaringen ca. 4,7 Mio t / Jahr) ist der Kiesgewinnungsstandort Rulfingen ein bedeutender firmeneigener Hauptbetriebsstandort.

Ob die in den vorangegangenen Kapiteln dargelegte Versorgungslücke durch andere Firmen und Raumordnungs- u. Genehmigungsverfahren im Landkreis zeitnah gedeckt werden könnte, ist fraglich.

Ein Ersatz durch Kiesgewinnung in anderen Landkreisen ist nicht möglich. Die benachbarten Kreise sind teilweise heute bereits auf die Versorgung aus anderen Räumen (u.a. dem Raum Sigmaringen) angewiesen.

Die Deckung des fehlenden Bedarfs aus anderen Kiesgruben der Firma Valet u. Ott ist, wie in den Alternativen 1, 2 und 3 dargelegt, ebenfalls nicht möglich.

Um der Nachfrage nach Kies und Sand gerecht werden zu können, kommt zur Beibehaltung der Versorgung des Raumes mit Rohstoff lediglich die Alternative 4 – Erweiterung des Kiesabbaus am Standort Rulfingen in Frage.

3. VORAUSSETZUNGEN DER ZIELABWEICHUNG

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind gem. § 4 Abs. 1 ROG Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

§ 6 ROG und § 24 LplG ermöglichen eine Abweichung von Zielen der Raumordnung bei

- Vorliegen eines Einzelfalls
- auf Antrag
- wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und
- die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

3.1. RAUMBEDEUTSAMKEIT DER MAßNAHME

Grundvoraussetzung zur Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens ist das Vorliegen einer raumbedeutsamen Planung oder Maßnahme (RP Tübingen, 2008). § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG

Nach Aussage des RP Tübingen lässt das geplante Vorhaben über den unmittelbaren Nahbereich hinausgehende Auswirkungen erwarten, die zur Folge haben, dass die Ziele der Raumordnung beeinträchtigt werden.

3.2. VORLIEGEN EINES ZIELKONFLIKTS

Voraussetzung einer Zielabweichung ist in jedem Einzelfall das Vorliegen eines Zielkonflikts. Ein Zielkonflikt liegt dann vor, wenn ein Ziel der Raumordnung der Durchführung des Vorhabens entgegensteht.

Kann eine Zielfestlegung so ausgelegt werden, dass sie dem Vorhaben nicht widerspricht, so besteht kein Zielkonflikt und dementsprechend ist ein Zielabweichungsverfahren nicht notwendig.

Für die geplante Erweiterung des Kiesabbaus in Rulfingen ist für folgende Ziele der Raumordnung das Vorliegen eines Zielkonfliktes zu prüfen:

- Überregional bedeutsamer naturnaher Landschaftsraum
- Regionaler Grünzug
- Ausschlussbereich für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe

3.3. GRUNDZÜGE DER PLANUNG

Wann eine Abweichung die Grundzüge der Planung berührt, lässt sich nicht abstrakt bestimmen, sondern hängt von der jeweiligen Planungssituation ab (BVerwG, NVwZ 2011, 821 Rn. 26).

Entscheidend ist, ob die Abweichung der planerischen Grundkonzeption, dem planerischen „Wollen“ zuwiderläuft, die das betreffende Ziel trägt und dessen wesentlichen Gehalt bestimmt. Bezogen auf dieses Wollen darf der Abweichung vom Planinhalt

keine derartige Bedeutung zukommen, dass die dem Plan zu Grunde gelegte Planungskonzeption in beachtlicher Weise beeinträchtigt wird (BVerwG, „NVwZ 2011, 821 Rn. 26; BVerwGE 134, 264 Rn. 12).

Je tiefer die Abweichung in das Interessengeflecht der Planung eingreift, desto eher liegt der Schluss auf eine Änderung der Planungskonzeption nahe, die nur im Wege der (Um-)Planung möglich ist. Umgekehrt berühren quantitativ geringfügige Änderungen das Planungskonzept in der Regel nicht; dabei ist auf die Bedeutung für den gesamten Planungsraum abzustellen. Die Grundzüge der Planung sind nicht berührt, wenn die Abweichung von „minderem Gewicht“ ist. (BVerwG, NVwZ 2011, 821 Rn. 26; BVerwGE 134, 264 Rn. 12).

3.4. RAUMORDNERISCHE VERTRETBARKEIT DER ZIELABWEICHUNG

Die Zielabweichung ist unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar, wenn sie zum Inhalt des Raumordnungsplans gemacht werden könnte. Was „planbar“ ist, ist unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar (vgl. Bielenberg u.a. Rd.Nr. 125). Anlass kann nur öffentliches Interesse mit räumlichem Bezug und ein dringender Bedarf sein. Das Vorhaben muss im öffentlichen Interesse an genau diesem Standort realisiert werden und nicht in zumutbarer Weise an einem Standort, wo der Plan dies zulässt (vgl. G. Lautner: Funktionen räumlicher Verfahren, Berlin 1999).

Die Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung dürfen, bezogen auf die konkrete Situation, nicht in raumordnerisch unvertretbarer Weise beeinträchtigt werden.

4. EINZELFALL

Das Vorhabengebiet wurde beim damaligen Kiesabbau ausgespart, da die Fläche in der Vergangenheit auf Grund ihrer Lage zwischen Mühlkanal, Ablach und K8240 isoliert liegt.

Zwischenzeitlich liegt die Fläche innerhalb eines Ausschlussbereiches für oberflächennahe Rohstoffe, eines Regionalen Grünzuges und eines Natura 2000 – Gebietes.

Der Abbau von Kies ist örtlich auf die geologisch geeigneten Kiesvorräte beschränkt und nicht überall möglich. In der Region befinden sich die vorhandenen ausgedehnten, qualitativ hochwertigen, homogen aufgebauten Kieskörper bereits alle im Abbau (Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012/2013, LGRB).

Der regionale Rohstoffbedarf sowie die Aufrechterhaltung der Versorgung des Raumes machen es somit erforderlich, zunehmend bereits geöffnete Lagerstätten in Lage, Art und Tiefe vollständig auszubeuten (vgl. regionalplanerischer Grundsatz Erweiterung vor Neuerschließung). Des Weiteren erfordert die heute bekannte Verknappung der Ressource Kies allgemein einen Zugriff auf Lagerstätten mit geringerer Qualität und mit höherem Konfliktpotenzial.

Für die Firma Valet u. Ott kommt nach Prüfung aller standörtlichen Alternativen (s. Kapitel 2.4) zur Versorgung des Bedarfs nur die Erweiterung Rulfingen in Betracht.

Es handelt sich beim vorliegenden Fall um eine Abweichung (Ausnahme) von den Zielen des Regionalplanes im Einzelfall. Die Ziele „Überregional bedeutsamer Landschaftsraum“ (LEP, 2002), „Regionaler Grünzug“ (RP 1996) sowie „Ausschlussbereich für oberflächennahe Rohstoffe“ (RP 1996) in Überschwemmungsgebieten und Natura 2000-Gebieten werden als solches nicht berührt. Die Zielabweichung beschränkt sich auf das o.g. Vorhaben, den Einzelfall.

5. PRÜFUNG DER ZIELABWEICHUNG – ÜBERREGIONAL BEDEUTSAMER NATURNAHER LANDSCHAFTSRAUM

5.1. VORGABEN DER RAUMORDNUNG

5.1.1. Vorgaben des Landesentwicklungsplanes (2002)

Freiraumverbund und Landschaftsentwicklung

LEP 2002, 5.1.1 (Z):

„Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.“

LEP 2002, 5.1.2 (Z):

„Als Bestandteile zur Entwicklung eines ökologisch wirksamen großräumigen Freiraumverbunds werden [...] überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume festgelegt:

- Gebiete, die Teil des künftigen europaweiten, kohärenten Schutzgebietsnetzes "NATURA 2000" sind [...]"

LEP 2002, 5.1.2.1 (Z):

„In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen ist die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu verbessern. Planungen und Maßnahmen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen, sollen unterbleiben oder, soweit unvermeidbar, ausgeglichen werden.“

LEP 2002, 5.1.2.2 (Z):

„Die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume sollen möglichst unzerschnitten in ihrem landschaftlichen Zusammenhang erhalten und untereinander vernetzt werden. In großen unzerschnittenen Räumen sind Eingriffe mit Trennwirkung auf das Unvermeidbare zu beschränken.“

LEP 2002, 5.1.2.4 (G):

„In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sollen bestehende Abbaustätten einen Beitrag zur Erhaltung und Erhöhung der Artenvielfalt leisten. Die Abbaustätten sind durch Renaturierung und Folgenutzung so anzulegen, dass sie die Funktion dieser Landschaftsräume unterstützen.“

LEP 2002, 5.1.2.5 (Z):

„Die Naturparke ergänzen den großräumigen Freiraumverbund räumlich. Sie sollen als Instrumente für eine naturnahe, nachhaltige Entwicklung größerer Landschaftsräume eingesetzt werden.“

5.2. NOTWENDIGKEIT DER ZIELABWEICHUNG / ZIELKONFLIKT

Natura 2000 – Gebiete sind gem. Landesentwicklungsplan 2002 als überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume ausgewiesen. Das Plangebiet liegt vollständig innerhalb des Vogelschutzgebietes „Baggerseen Krauchenwies/Zielfingen“ und damit innerhalb eines solchen Landschaftsraumes.

In der Begründung des Landesentwicklungsplans 2002 steht zu PS 5.1.3:

„Der mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans angestrebte Freiraumverbund ist hierarchisch gestuft. Die ausgewiesenen überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume bilden ein überwiegend inselhaftes Grobgerüst, das durch die Freirauminstrumente der Regionalplanung ergänzt werden soll. Zu diesen Freirauminstrumenten zählen Regionale Grünzüge [...]. Plansatz 5.1.3 des Landesentwicklungsplans dient auch einer einheitlichen Anwendung der regionalplanerischen Festlegungen.

Nutzungen, die mit der Funktion der Regionalen Grünzüge [...] vereinbar sind, sind zulässig. Die Vereinbarkeit von Infrastruktureinrichtungen hängt insbesondere von deren Bedeutung für die Allgemeinheit, deren Erforderlichkeit und von der Abwägung mit den Auswirkungen von Alternativlösungen ab.“

Demzufolge gelten die bei der Prüfung der Zielabweichung zu den Regionalen Grünzügen (Kapitel 6) dargestellten Aussagen dementsprechend auch für die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume:

- Eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes im Gebiet ist durch das Vorhaben nicht zu erwarten. Zum Schutzgut Grundwasser wurde anhand eines umfangreichen Gutachtens (HYDRO-DATA, 2017) die Unbedenklichkeit des Vorhabens nachgewiesen.
- Den Anforderungen des Arten- und Biotopschutzes – insbesondere des Gebiets- und Artenschutzes wurden im Rahmen einer Natura 2000 – Verträglichkeitsprüfung sowie einer artenschutzrechtlichen Prüfung (Planstatt Senner, 2017) bearbeitet. Diese kommt zum Ergebnis, dass bei Durchführung geeigneter Maßnahmen die Beeinträchtigungen durch das Vorhaben nicht erheblich sind.
Durch die Umsetzung der Maßnahmen können die bestehenden Lebensstätten erhalten werden, für einzelne Arten findet eine Verbesserung der Lebensräume statt.
- Durch das Vorhaben ist eine Zerschneidung des Landschaftsraumes nicht zu befürchten.

Ein Zielkonflikt liegt nicht vor, ein Zielabweichungsverfahren ist nicht erforderlich.

6. PRÜFUNG DER ZIELABWEICHUNG - REGIONALER GRÜNZUG

6.1. VORGABEN DER RAUMORDNUNG

6.1.1. Vorgaben des Landesentwicklungsplanes (2002)

Freiraumverbund und Landschaftsentwicklung
LEP 2002, 5.1.1 (Z):

„Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.“

LEP 2002, 5.1.3 (Z):

„Zum Schutz von Naturgütern, naturbezogenen Nutzungen und ökologischen Funktionen vor anderen Nutzungsarten oder Flächeninanspruchnahme werden in den Regionalplänen Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und Schutzbedürftige Bereiche ausgewiesen. Sie konkretisieren und ergänzen die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume im Freiraumverbund“.

Rohstoffsicherung

LEP 2002, 5.2.1 (G)

Der Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen kommt bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besondere Bedeutung zu. Insbesondere soll, auch im Interesse künftiger Generationen, die Möglichkeit des Abbaus bedeutsamer Vorkommen langfristig grundsätzlich offen gehalten werden.

6.1.2. Vorgaben des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben (1996)

Regionale Freiraumstruktur

Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (1996), Plansatz 3.2.1:

G „In den Verdichtungsbereichen der Region, in Gebieten mit Verdichtungsansätzen sowie in Gebieten mit absehbarem Siedlungsdruck sind regionale Grünzüge (regionale Freihalteflächen) als zusammenhängende Landschaften zu erhalten und zwar

- zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere aus Gründen des Klima-, Wasser-, Arten- und Biotopschutzes,
- zur Sicherung leistungsfähiger Produktionsflächen für die Land- und Forstwirtschaft,
- zur räumlichen Gliederung der Stadtlandschaft und des ländlichen Siedlungsraumes,
- zur Wahrung des Landschaftsbildes und der Eigenart der traditionellen Kulturlandschaft, auch wegen der Bedeutung für den Fremdenverkehr,
- zur Erhaltung siedlungsnaher Erholungsflächen und des Bodenseeuferes.

In Ergänzung zu den regionalen Grünzügen werden zur Gliederung von Siedlungsgebieten Grünzäsuren ausgewiesen.“

Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (1996), Plansatz 3.2.2:

Z „Regionale Grünzüge (regionale Freihalteflächen) sind von Bebauung freizuhalten. Hiervon ausgenommen sind standortgebundene Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft, der Rohstoffgewinnung sowie Einrichtungen der Erholung, sofern diese mit den Grundsätzen der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren (Plansatz 3.2.1) vereinbar sind.

Standortgebundene Einrichtungen der Infrastruktur, die nicht in der Raumnutzungskarte enthalten sind, sind nur dann zulässig, wenn mit Planungsalternativen die Notwendigkeit der Inanspruchnahme nachgewiesen ist. Die Funktionsfähigkeit der regionalen Grünzüge ist in jedem Fall zu gewährleisten, der Landschaftsverbrauch möglichst gering zu halten.

Als regionale Grünzüge (regionale Freihalteflächen werden ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt

14 das Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen“

In der Begründung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (1996) zu den Regionalen Grünzügen (Plansatz 3.2.2) heißt es:

„Abbaustätten oberflächennaher Rohstoffe stören in der Regel die ökologischen Ausgleichsfunktionen der freien Landschaft. Sie dürfen deshalb nur ausnahmsweise in denjenigen Teilen der regionalen Grünzüge zugelassen werden, die nicht zugleich Vorrangbereiche für Naturschutz und Landschaftspflege sind. In Vorrangbereichen für die Wasserwirtschaft sind Eingriffe in das Grundwasser unzulässig; bei Ausnahmen muss im Einzelfall der Nachweis erbracht werden, dass eine Beeinträchtigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist.“

Die Ausweisung des regionalen Grünzugs 14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen wird wie folgt begründet:

„Sicherung der ökologisch wertvollen Biotopflächen und des Landschaftsbildes in den Tal- und Hanglagen des Ablachtals, Sicherung der Erholungsflächen im Bereich der Krauchenwieser Seen, des Krauchenwieser Parks und der stadtnahen Erholungsflächen westlich Mengen; Wahrung der räumlichen Gliederung zwischen Mengen und Rulfingen sowie zwischen Krauchenwies und Meßkirch (Gefahr der Zersiedelung).“

6.2. NOTWENDIGKEIT DER ZIELABWEICHUNG / ZIELKONFLIKT

Das Plangebiet liegt vollständig innerhalb des im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (1996) in Plansatz 3.2.2 ausgewiesenen Regionalen Grünzug 14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen.

Das Vorhaben zählt zu den gem. der Begründung zum Regionalplan (1996) zu sichernden Erholungsflächen im Bereich der Krauchenwieser Seen.



Abbildung 3: Vorhabengebiet, ohne Maßstab

Durch das Vorhaben wird eine Fläche von ca. 7,6 ha in Anspruch genommen. Die Fläche wird derzeit überwiegend landwirtschaftlich als Grünland genutzt. Die Wiesenflächen besitzen keine Bedeutung für die Erholungsnutzung. Am Nordufer des Sees Süd III verläuft ein Weg innerhalb der Vorhabenfläche, der hauptsächlich von Anglern und Spaziergängern frequentiert wird.

Durch die Erweiterung des Sees Süd III findet langfristig eine Umwandlung von landwirtschaftlicher Fläche in Wasserfläche statt. Temporär, über den Zeitraum des Abbaus, wird die Fläche im Zuge des Rohstoffabbaus technisch überformt, es findet ein Eingriff in den Naturhaushalt statt und temporär kann es hier zu Beeinträchtigungen der Zugänglichkeit kommen. Der bestehende Weg wird auf die Nordseite des neuen Seeufers verlegt.

Plansatz 3.2.2 (Z) des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben (1996) legt fest, dass Regionale Grünzüge von Bebauung freizuhalten sind. Unter bestimmten Umständen sind standortgebundene Vorhaben der Rohstoffgewinnung ausgenommen. Ausnahmen sind zulässig, wenn das Vorhaben mit den Grundsätzen der regionalen Grünzüge (Plansatz 3.2.1) vereinbar ist und wenn mit Planungsalternativen die Notwendigkeit der Inanspruchnahme nachgewiesen ist.

Somit ist zu prüfen, ob im vorliegenden Fall die Voraussetzungen für eine Ausnahme gegeben sind oder ob ein Zielkonflikt mit der Notwendigkeit eines Zielabweichungsverfahrens vorliegt.

6.3. RECHTFERTIGUNG DER AUSNAHME

Wie in der Begründung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (1996) zu Plansatz 3.2.2 dargelegt, können Abbaustätten oberflächennaher Rohstoffe ausnahmsweise in Regionalen Grünzügen zugelassen werden, sofern sie sich nicht zugleich innerhalb eines Vorrangbereichs für Naturschutz und Landschaftspflege befinden. Die Fläche des Vorhabens befindet sich nicht innerhalb eines Schutzbedürftigen Bereichs für Naturschutz und Landschaftspflege. Somit kann ein Rohstoffabbau unter bestimmten Bedingungen ausnahmsweise zugelassen werden.

Gem. Plansatz 3.2.2 (Z) des Regionalplans (1996) sind standortgebundene Vorhaben der Rohstoffgewinnung zulässig, sofern diese

- a) mit den Grundsätzen der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren (Plansatz 3.2.1) vereinbar sind und
- b) sofern sie - wie im vorliegenden Fall - nicht in der Raumnutzungskarte enthalten sind, mit Planungsalternativen die Notwendigkeit der Inanspruchnahme nachgewiesen ist.

6.3.1. Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Regionalen Grünzüge

Folgende allgemeinen Grundsätze für Regionale Grünzüge sind in Plansatz 3.2.1 des Regionalplans (1996) festgelegt:

- Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere aus Gründen des Klima-, Wasser-, Arten- und Biotopschutzes,
- Sicherung leistungsfähiger Produktionsflächen für die Land- und Forstwirtschaft,
- Räumliche Gliederung der Stadtlandschaft und des ländlichen Siedlungsraumes,
- Wahrung des Landschaftsbildes und der Eigenart der traditionellen Kulturlandschaft, auch wegen der Bedeutung für den Fremdenverkehr,
- Erhaltung siedlungsnaher Erholungsflächen und des Bodenseeufers.

In der Begründung des Regionalplans (1996) zu den Regionalen Grünzügen (Plansatz 3.2.2) wird die Ausweisung des Regionalen Grünzugs 14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen wie folgt begründet:

„Sicherung der ökologisch wertvollen Biotopflächen und des Landschaftsbildes in den Tal- und Hanglagen des Ablachtals, Sicherung der Erholungsflächen im Bereich der Krauchenwieser Seen, des Krauchenwieser Parks und der stadtnahen Erholungsflächen westlich Mengen; Wahrung der räumlichen Gliederung zwischen Mengen und Rulfingen sowie zwischen Krauchenwies und Meßkirch (Gefahr der Zersiedelung).“

Die Fläche des Vorhabens umfasst ca. 7,6 ha. Die Zeit des Abbaus ist begrenzt. Danach ist die Fläche zu rekultivieren. Da es sich bei dem Vorhaben um einen Nassabbau handelt, wird eine Rückführung in den Urzustand nicht möglich sein. Stattdessen ist die Erweiterung des Kiesabbaus in Mengen-Rulfingen mit der Vergrößerung des Sees Süd III und der Umwandlung von Grünland in Wasserfläche verbunden.

Sowohl die allgemeinen Grundsätze (PS 3.2.1) der Regionalen Grünzüge als auch die speziellen Grundsätze (PS 3.2.2) für den Regionalen Grünzug 14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen werden nachfolgend im Hinblick auf das geplante Vorhaben betrachtet.

Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes aus Gründen des Klimaschutzes (PS 3.2.1)

Dem Ablachtal fließt aus den Hanglagen kalte Luft, sog. Hangwinde zu. Die gesammelten Luftmassen strömen in der Talaue talabwärts Richtung Osten. Das Ablachtal stellt damit eine bedeutende Kaltluftleitbahn mit deutlichem Talabwind dar. Für die Stadt Mengen besitzt damit das Ablachtal eine hohe Bedeutung für die Durchlüftung sowie die Kalt- und Frischluftversorgung der Stadt.

(REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN, 2010: Info Heft 11, Klimafibel).

Die Offenlandflächen des Vorhabengebietes können als Kaltluftentstehungsflächen beschrieben werden. Auf Grund ihrer Lage inmitten des Ablachtales sind sie Teil der oben beschriebenen Kaltluftleitbahn. Allerdings bildet die auf einem Damm liegende K 8240 eine Barriere, die die, auf der Vorhabenfläche entstehende bzw. die von talaufwärts kommende, Kaltluft erst ab einer gewissen Stärke überströmen kann. Bei geringer Strömung staut sich die Kaltluft auf der Vorhabenfläche an.

Die Auswirkungen auf das Klima wurden im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung detailliert geprüft (Teil D).

Flächeninanspruchnahme / Nutzungsänderung

Die durch das bereichsweise Abräumen der Abbaufäche verursachte Verringerung der Kaltluftentstehung ist auf Grund der geringen Flächengröße nicht erheblich und kann durch die Entstehung einer neuen Wasserfläche ausgeglichen werden. Langfristig kann von einer für das Klima positiven Wirkung durch die ausgleichenden klimatischen Wirkungen der neuen Wasserfläche ausgegangen werden.

Zerschneidung / Barriereeffekte

Eine Behinderung der Kaltluftleitbahn auf Grund evtl. zu befürchtender Riegelwirkung durch Bauwerke oder Anlagen ist nicht zu befürchten, da keine vertikalen Bauwerke oder sonstigen Anlagen durch das Vorhaben zu erwarten sind. Der neu anzulegende Damm zwischen der Erweiterung See Süd III und der Ablach liegt in Fließrichtung der klimatischen Leitbahn, so dass auch hier keine Barrierewirkung zu befürchten ist.

Schadstoffeintrag

Während des Abbaus ist temporär mit erhöhter Staubbelastung zu rechnen. Auf Grund des geplanten Nassabbaus und der geringen Fläche des Vorhabens sind hier jedoch keine erheblichen Staubbelastungen auf die umgebenden Ortschaften sowie auf die Erholungsnutzung zu erwarten.

Erhebliche Beeinträchtigungen während des geplanten Kiesabbaus werden für das Schutzgut Klima/Luft für den Untersuchungsraum nicht erwartet.

Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes aus Gründen des Wasserschutzes (PS 3.2.1)

Das Vorhaben liegt innerhalb der Schutzzone IIIB des seit 01.03.1996 rechtskräftigen Wasserschutzgebietes „Meßkircher Straße“. Der Brunnen wird für die Trinkwasserversorgung der Stadt Mengen und der Ortschaft Rulfingen genutzt.

Direkt südlich des Sees Süd I liegt die Trinkwasserfassung des seit 01.04.1992 rechtskräftigen Wasserschutzgebietes „Franzosenäcker“. Dieser Brunnen besitzt ein gemeinsames Schutzgebiet (Zone III) mit der Burrenquelle, die südlich des Sees I liegt. Der Brunnen „Franzosenäcker“ und die Burrenquelle werden zurzeit nicht genutzt. Nach Aussage des Ortsvorstehers von Rulfingen vom 12.12.2016 (Scoping) ist geplant, den Tiefbrunnen „Franzosenäcker“ mangels Ergiebigkeit aufzugeben und das zugehörige Wasserschutzgebiet aufzuheben.

Zur Ermittlung der Auswirkungen einer Erweiterung des Kiesabbaus am See Süd III wurden im Zeitraum von 2011 - 2016 verschiedene hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt (HYDRO-DATA, 2017).

Veränderung des Grundwasserkörpers und seiner Fließverhältnisse, Veränderung der Neubildungsrate – Auswirkungen auf die Trinkwasserfassungen

Es konnte gezeigt werden, dass eine quantitative und eine qualitative Beeinträchtigung der Trinkwasserbrunnen „Meßkircher Straße“ und „Franzosenäcker“ durch die Erweiterung des Nassabbaus des Sees Süd III nicht erfolgt. Auch für den Bereich „Dillmannsche Säge“ (Altlast) zeigt die Erweiterung des Nassabbaus aus dem See Süd III keine Änderungen des Fließsystems. (HYDRO-DATA, 2017)

Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes aus Gründen des Arten- und Biotopschutzes (PS 3.2.1) und Sicherung der ökologisch wertvollen Biotopflächen in den Tal- und Hanglagen des Ablachtals (3.2.2)

Das Gebiet der Krauchenwieser Seen stellt auf Grund seiner Strukturen und Lage einen bedeutsamen Lebensraum für die Avifauna dar. Die durch den Kiesabbau in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Seen sind wertvolle Fortpflanzungs-, Nahrungs- und Raststätten für zahlreiche Vogelarten. Sie stellen ein wichtiges Bindeglied für den Vogelzug dar. Das Gebiet der Krauchenwieser Seen ist auf Grund seiner Bedeutung für die Avifauna als Natura 2000 - Vogelschutzgebietes „Baggerseen Krauchenwies / Zielfingen“ ausgewiesen.

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf den Arten- und Biotopschutz und speziell auf die Biotopflächen im Ablachtal durch das Vorhaben haben bereits umfangreiche Bestandsaufnahmen der Biotoptypen sowie der Fauna stattgefunden.

Die Grünlandflächen des Vorhabengebietes sind insbesondere auf Grund ihrer Funktion als Lebensraum für die Avifauna von Bedeutung. Geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG oder Biotoptypen besonderer Bedeutung sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

Ein Teil der Arten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie, für deren Erhalt das Vogelschutzgebiet ausgewiesen worden ist, bzw. gem. § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG streng geschützte Arten nutzen das Plangebiet als Nahrungs- und Rasthabitat. Für die Wiesenschafstelze (*Motacilla flava*) stellt es ein potenzielles Bruthabitat dar. Die Bestimmung der Erheblichkeit der Planung durch direkten Flächenentzug wurde im Rahmen

der erforderlichen Natura 2000 - Verträglichkeitsprüfung sowie einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung untersucht. Diese kommt zum Ergebnis, dass bei Durchführung geeigneter CEF-Maßnahmen bzw. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen die Beeinträchtigungen durch das Vorhaben auf die Avifauna nicht erheblich sind. Im Mühlkanal kann das Vorkommen von Kleiner Flussmuschel (*Unio crassus*) und Groppe (*Cottus gobio*) nicht ausgeschlossen werden. Die durchgeführten Untersuchungen zu den Muscheln ergaben keine Lebendfunde. Zur Bestandssicherung eines evtl. vorhandenen Vorkommens der Kleinen Flussmuschel und/oder der Groppe sind baubegleitenden Artenschutzmaßnahmen durchzuführen. Diese sind dann aber geeignet, Schäden abzuwehren.

Für Amphibien und Fledermäuse ist das Vorhaben nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen verbunden. (Planstatt Senner, 2017).

Den Anforderungen des Arten- und Biotopschutzes wird demnach durch die naturschutzfachlichen Vorschriften – insbesondere den Gebiets- und Artenschutz – Rechnung getragen. Wenn das Vorhaben nach diesen Vorschriften zulassungsfähig ist, kann das Vorhaben als Ausnahme im Regionalen Grünzug zugelassen werden.

Zusammenfassung Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (PS 3.2.1)

Eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes im Gebiet ist durch das Vorhaben zum derzeitigen Wissensstand nicht zu erwarten. Zum Thema Grundwasser wurde anhand eines umfangreichen Gutachtens die Unbedenklichkeit des Vorhabens nachgewiesen. Eine Beeinträchtigung des Klimas ist nachzeitigem Kenntnisstand nicht zu befürchten. Den Anforderungen an den Arten- und Biotopschutz wird durch die naturschutzfachlichen Vorschriften - insbesondere den Gebiets- und Artenschutz - Rechnung getragen.

Sicherung leistungsfähiger Produktionsflächen für die Land- und Forstwirtschaft (PS 3.2.1)

Durch den geplanten Kiesabbau gehen außerdem Flächen für die Landwirtschaft verloren. Die gesamte landwirtschaftliche Fläche auf Gemarkung Mengen beträgt 2.412 ha, das sind 48% der Gemarkungsfläche. Davon sind 65,8 % Ackerflächen und 34,1 % Dauergrünland. Die Wirtschaftsfunktionenkarte weist das Plangebiet als Vorrangflur II (gute Standorte) aus. Der Bereich des Vorhabengebiets umfasst Wiesenflächen und im westlichen Teil befindet sich eine Christbaumkultur. Die hier vorliegenden Fettwiesen mittlerer Standorte stellen auf Grund ihrer Lage und Produktivität keine für die Landwirtschaft besonders bedeutsamen Flächen dar.

Sie werden von einem Haupterwerbslandwirt mit Schwerpunkt Ackerbau aus Rulfingen bewirtschaftet. Z.T. kann hier durch Flächentausch ein Ausgleich für den Landwirt stattfinden.

Da der Abbau als Nassabbau erfolgt, findet auf der Vorhabenfläche (ca. 7,6 ha) eine Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Wasserfläche statt. Eine Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Flächen nach Ende des Abbaus im Zuge einer Rekultivierung ist nicht möglich.

Der Verlust der Vorhabenfläche stellt auf Grund der geringen Flächengröße (7,6 ha entsprechen 0,3% der landwirtschaftlichen Flächen auf Gemarkung Mengen) sowie der mittleren Produktivität der Flächen keine erhebliche Beeinträchtigung für die Landwirtschaft dar.

Des Weiteren müssen voraussichtlich ca. 6,55 ha landwirtschaftliche Flächen für den notwendigen Ausgleich der Brut-, Nahrungs- und Rastflächen für die Avifauna in Anspruch genommen werden. Hier findet jedoch kein vollständiger Verlust für die Landwirtschaft statt, sondern eine Umwandlung von intensiver Acker- und Grünland- in extensive Grünlandwirtschaft.

Der Verlust der Vorhabenfläche stellt somit auf Grund der geringen Flächengröße sowie der mittleren Produktivität der Flächen den Grundsatz der Sicherung leistungsfähiger Produktionsflächen für die Landwirtschaft nicht in Frage.

Räumliche Gliederung der Stadtlandschaft und des ländlichen Siedlungsraumes (PS 3.2.1) und Wahrung der räumlichen Gliederung zwischen Mengen und Rulfingen (PS 3.2.2)

Die räumliche Gliederung des hier vorhandenen ländlichen Siedlungsraumes und der räumlichen Gliederung zwischen Mengen und Rulfingen bleibt durch die Erweiterung des Kiesabbaus um 7,6 ha unberührt. Da es sich nicht um eine städtebauliche Erweiterung handelt, ist eine Zersiedelung nicht zu befürchten.

Wahrung des Landschaftsbildes und der Eigenart der traditionellen Kulturlandschaft, auch wegen der Bedeutung für den Fremdenverkehr (PS 3.2.1) und Sicherung des Landschaftsbildes in den Tal- und Hanglagen des Ablachtals (PS 3.2.2)

Für das Landschaftsbild sind während des Abbaus temporär und auf die Abbaufäche begrenzt Beeinträchtigungen zu erwarten. Die Kulturlandschaft der Krauchenwieser Seen ist durch Kiesabbau entstanden und somit seit Jahrzehnten durch die damit verbundene technische Infrastruktur geprägt. Derzeit findet noch Kiesabbau mit den damit verbundenen Auswirkungen auf das Landschaftsbild am See Süd II statt. Die technische Infrastruktur am See Süd II wird bei Beendigung des Kiesabbaus hier und Beginn des neuen Vorhabens am See Süd III abgebaut und die Flächen rekultiviert. Es findet somit eine Verlagerung des Abbaus mit den damit verbundenen Auswirkungen auf das Landschaftsbild vom See Süd II in den See Süd III statt.

An der Abbaufäche beschränkt sich die technische Infrastruktur auf einen Bagger sowie eine Verladestelle für Lkw für den Transport des Rohkieses zum Kieswerk. Auf Grund der geringen Fläche und des bereits seit Jahrzehnten bestehenden Kiesabbaus im Ablachtal findet keine starke und grundsätzliche Veränderung des Landschaftsbildes und der bestehenden Kulturlandschaft im Ablachtal statt.

Nach Beendigung des Abbaus und Entfernung der technischen Infrastruktur wird das Landschaftsbild zwar verändert – größere Seefläche anstelle der Wiesenfläche – die Kulturlandschaft des Ablachtals jedoch nicht grundsätzlich überformt oder verändert sein.

Die durch den Abbau verursachten temporären (auf die Zeit des Abbaus beschränkten) Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschaftsbild werden insgesamt als nicht erheblich beurteilt. Die Umwandlung einer Wiesenfläche in Wasserfläche ist für das Landschaftsbild des Ablachtales ebenfalls nicht erheblich.

Erhaltung siedlungsnaher Erholungsflächen (PS 3.2.1) und Sicherung der Erholungsflächen im Bereich der Krauchenwieser Seen (PS 3.2.2)

Seit Jahrzehnten findet im Ablachtal bei Rulfingen Kiesabbau und -aufbereitung durch drei verschiedene Firmen statt. Dadurch entstanden insgesamt zehn Seen, die Krauchenwieser Seenplatte.

Das Gebiet der Krauchenwieser Seen dient der Bevölkerung von Mengen, Krauchenwies, Ablach und umliegender Gemeinden sowie Tages-, Wochenend- und Feriengästen der Region als Erholungsgebiet. Schwerpunkt der Erholungsnutzung bilden hierbei die beiden Strandbäder am See Süd III und am Steidlesee sowie die Fische- reinutzung an den Seen.

Das Vorhabengebiet ist Teil des regionalen Erholungsgebietes Krauchenwieser Seen.

Die Firma Valet u. Ott GmbH & Co. KG baut derzeit noch am See Süd II Kies in Klein- mengen ab. Das Kieswerk der Firma Valet u. Ott mit einer Kiesaufbereitungsanlage befindet sich westlich des Sees Süd I und südlich des Sees Nord I.

Der Steidlesee sowie der See Süd III werden als Badeseen genutzt. Die Seen Nord II, Süd I und Süd II werden von Anglern frequentiert. Der See Nord I - „Vogelsee“ - ist als Naturschutzgebiet geschützt. Rund um die Seen gibt es Wander- und Spazier- wege. Am See Süd II befindet sich ein Wohnmobilstellplatz. Der See Nord II wird zum Angeln genutzt. Hier sowie am See Süd III befindet sich jeweils ein Gastronomiebe- trieb.

Der See Süd III wird derzeit als Badensee genutzt. Am Südufer befindet sich das Strandbad mit sanitären Anlagen und Restaurant. Am Nordufer verläuft ein Weg, der von Anglern und Spaziergängern genutzt wird, jedoch keine große Bedeutung für die Erholungsnutzung im Gebiet besitzt.

Die Nutzung als Badensee bleibt auch während der Zeit des Kiesabbaus am See Süd III erhalten. Entsprechende Schutzmaßnahmen für die Schwimmer werden installiert. Der See Süd III ist bereits heute auf Grund der Badenutzung eingezäunt.

Die Wiesenflächen zwischen Ablach und Mühlkanal besitzen keine Bedeutung für die Erholungsnutzung.

Spaziergänger und Angler können auf die vorhandenen anderen Wege um die Seen ausweichen.

Insgesamt kommt es durch das Vorhaben kleinflächig zu Beeinträchtigungen der Zu- gänglichkeit im Bereich des Kiesabbaus am See Süd III. Bezogen auf den Gesamt- raum des Regionalen Grünzugs stellt sich die kleinflächige Beeinträchtigung der Zu- gänglichkeit im Bereich des Kiesabbaus am See Süd III nicht als spürbare Beeinträch- tigung dar. Das mit der Ausweisung von Regionalen Grünzügen bezweckte Ziel der Erhaltung siedlungsnaher Erholungsflächen wird durch den kleinflächigen temporären Kiesabbau am See Süd III nicht in Frage gestellt. Dies gilt auch, wenn man nicht den Gesamt- raum betrachtet, sondern nur die Krauchenwieser Seen. Dieses Gebiet behält seinen Reiz und Erholungswert. Die Eignung des Gesamtgebietes als Erholungsraum bleibt erhalten.

Gesamträumliche Betrachtung

Der Regionale Grünzug Nr. 14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen umfasst insgesamt ca. 2.670 ha.

Die Landnutzung setzt sich wie folgt zusammen (Quelle: corine landcover):

Landwirtschaft	72%
Forst	19%
Wasserfläche	5%
Siedlung inkl. städt. Grünflächen	4%

Der Verlust des Plangebietes mit 7,6 ha umfasst dabei weniger als 0,5% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche im Regionalen Grünzug. Der Verlust an landwirtschaftlicher Fläche zugunsten einer Zunahme an Wasserfläche, bezogen auf den Gesamt- raum des Regionalen Grünzugs Nr. 14 zwischen Meßkirch und Mengen kann dem- nach vernachlässigt werden.

Betrachtet man nur den Bereich zwischen Krauchenwies und Mengen, so nimmt der Bereich der Krauchenwieser Seen ca. die Hälfte des Talraumes ein. Aber auch hier ist eine deutliche Verschiebung des Verhältnisses Wasserfläche zu landwirtschaftli- cher Fläche auf Grund des Vorhabens nicht zu erkennen.

Die Siedlungsflächen liegen überwiegend im Tal entlang der Ablach und bedecken im Bereich Menningen/Leitishofen sowie bei Krauchenwies/Ablach beinahe den gesamten Talraum. Die Ortschaften Zielfingen und Rulfingen liegen am Talrand so dass hier noch ein breiter unbesiedelter Talraum vorhanden ist. Ein Zusammenwachsen der Ortschaften durch das Vorhaben ist nicht zu befürchten, die räumliche Gliederung des ländlichen Siedlungsraumes ist nicht berührt.

Für die Erholungsnutzung besitzt das Wiesendreieck des Vorhabens keine besondere Bedeutung. Die Eignung des Gesamttraums der Krauchenwieser Seen sowie des Re- gionalen Grünzuges Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen als Erholungsraum wird durch das Vorhaben nicht spürbar beeinträchtigt.

Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes umfasst die Schutzgüter Wasser, Klima, Arten und Biotopschutz und hier speziell die Sicherung der ökologisch wertvollen Bio- topflächen in den Tal- und Hanglagen des Ablachtals.

Zum Thema Grundwasser wurde anhand eines umfangreichen Gutachtens die Unbe- denklichkeit des Vorhabens für den Grundwasserleiter des Ablachtals nachgewiesen. Eine Beeinträchtigung des Klimas ist für das Ablachtal nicht zu befürchten.

Die Vorhabenfläche ist von der Ausstattung an Biotoptypen nicht von besonderer Be- deutung. Ihre hohe Bedeutung für den Arten und Biotopschutz beruht auf ihrem hohen Standortpotenzial als Nahrungshabitat für die Avifauna.

Das Ablachtal ist eine bedeutende Vogelzugleitlinie und speziell der Bereich der Krau- chenwieser Seen dient einer sehr großen Anzahl von Vogelarten als Fortpflanzungs-, Ruhe- und Nahrungsstätte. Aus diesem Grund ist das Gebiet der Seenplatte als Vo- gelschutzgebiet gemäß Natura 2000 – Richtlinie ausgewiesen. Hierzu wurde eine Na- tura 2000 – Verträglichkeitsprüfung sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prü- fung durchgeführt. Diese kommt zum Ergebnis, dass bei Durchführung geeigneter CEF-Maßnahmen bzw. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen die Beeinträch- tigungen durch das Vorhaben auf die Avifauna nicht erheblich sind.

Zur Bestandssicherung eines evtl. vorhandenen Vorkommens der Kleinen Flussmu- schel und/oder der Groppe sind baubegleitenden Artenschutzmaßnahmen durchzu- führen. Diese sind dann aber geeignet, Schäden abzuwehren.

Für Amphibien und Fledermäuse ist das Vorhaben nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen verbunden. (Planstatt Senner, 2017).

Fazit

Insgesamt hat die Abweichung durch das Vorhaben keinen Einfluss auf die generelle Zielrichtung der Regionalen Grünzüge.

Der Regionalplan (1996) lässt in seinem in Kapitel 3.2.2 definierten Ziel die Rohstoffgewinnung in regionalen Grünzügen dann zu, wenn Sie mit den Grundsätzen der regionalen Grünzüge gem. Kapitel 3.2.1 vereinbar ist. Der Plangeber hat damit bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge konkurrierende Nutzungen und explizit die Rohstoffgewinnung berücksichtigt.

Die Erweiterung des Kiesabbaus am Standort Mengen-Rulfingen als temporäres Vorhaben widerspricht nicht den Grundsätzen der Regionalen Grünzüge gem. Plansatz 3.2.1.

Eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes im Gebiet ist durch das Vorhaben zum derzeitigen Wissensstand nicht zu erwarten. Zum Thema Grundwasser wurde anhand eines umfangreichen Gutachtens die Unbedenklichkeit des Vorhabens nachgewiesen. Eine Beeinträchtigung des Klimas ist nachzeitigem Kenntnisstand nicht zu befürchten. Den Anforderungen an den Arten- und Biotopschutz werden durch die naturschutzfachlichen Vorschriften - insbesondere den Gebiets- und Artenschutz - Rechnung getragen.

Die räumliche Gliederung der Landschaft, das Landschaftsbild sowie die siedlungsnahen Erholungsflächen werden durch das Vorhaben nur geringfügig berührt. Der Verlust der Vorhabenfläche stellt auf Grund der geringen Flächengröße sowie der mittleren Produktivität der Flächen den Grundsatz der Sicherung leistungsfähiger Produktionsflächen für die Landwirtschaft im Regionalen Grünzug nicht in Frage.

Der Plangeber möchte gem. Plansatz 3.2.1 Regionale Grünzüge (regionale Freihaltflächen) als zusammenhängende Landschaften erhalten. Die Krauchenwieser Seenplatte mit ihren durch den Kiesabbau entstandenen Seen ist Teil des Regionalen Grünzugs. Die Vergrößerung des Sees Süd III gliedert sich in die vorhandene Landschaft ein. Der Kiesabbau ist zeitlich und räumlich begrenzt und stellt die Grundsätze des Plansatz 3.2.1 nicht in Frage.

Auch die in der Begründung des Regionalplans (1996) (Plansatz 3.2.2) zum regionalen Grünzug 14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen festgelegten Grundsätze werden durch das Vorhaben nicht berührt.

Der Plangeber hat bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge unter bestimmten Voraussetzungen den Rohstoffabbau als Ausnahme zugelassen. Wie in Kapitel 5.3.1 dargelegt, kann die Erweiterung des Kiesabbaus in Mengen-Rulfingen so angelegt werden, dass die konkurrierenden Raumnutzungen (Rohstoffgewinnung und Regionaler Grünzug) in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden.

Die Abweichung berührt damit nicht die allgemeinen Grundsätze der regionalen Grünzüge gem. Plansatz 3.2.1 und nicht die speziellen Grundsätze für den regionalen Grünzug 14 (Plansatz 3.2.2). Ein Zielkonflikt liegt nicht vor, ein Zielabweichungsverfahren ist nicht erforderlich.

Stellungnahme Regionalverband Bodensee-Oberschwaben vom 05.12.2016:

Als standortgebundenes Vorhaben ist der Rohstoffabbau im Regionalen Grünzug zulässig, sofern er mit den Grundsätzen der „Regionalen Grünzüge“ nach Plansatz 3.2.1 des Regionalplanes vereinbar ist. Es wird kein Verstoß gegen die dort aufgeführten Grundsätze gesehen, zumal das Vorhaben im Gesamtkontext des Kiesabbaus im Ablachtal zwischen Krauchenwies und Mengen gesehen werden muss, da hier ein Erholungsschwerpunkt entwickelt werden konnte, der als „zweite Reihe“ mit zur Entlastung des Bodensee-Uferbereiches beiträgt.

Der Regionale Grünzug ist nicht als Ausschlusskriterium anzusehen und erfordert diesbezüglich keine Zielabweichung.

Notwendigkeit der Inanspruchnahme - Alternativenprüfung

In Kapitel 3 „Rechtfertigung des Vorhabens - Bedarfsermittlung“ wurde anhand einer Bedarfsermittlung und im Rahmen einer Alternativenprüfung die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Fläche dargelegt.

7. ZIELABWEICHUNG – AUSSCHLUSSBEREICH FÜR DIE GEWINNUNG OBERFLÄCHENNAHER ROHSTOFFE

7.1. VORGABEN DER RAUMORDNUNG

7.1.1. Vorgaben des Landesentwicklungsplanes (2002)

Rohstoffsicherung

G „Der Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen kommt bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besondere Bedeutung zu. Insbesondere soll, auch im Interesse künftiger Generationen, die Möglichkeit des Abbaus bedeutsamer Vorkommen langfristig grundsätzlich offen gehalten werden.“

LEP 2002, 5.2.1

G „Die Bodenschätze des Landes sind zu erfassen. Abbauwürdige Bodenschätze sind für die Rohstoffversorgung zu sichern.“

„Nach Maßgabe der jeweils geltenden Vorschriften sind die landesweite Erfassung, das Aufsuchen, der Abbau und die Sicherung von Rohstoffvorkommen für einen späteren Abbau zu unterstützen.“

LEP 2002, 5.2.2

G „Bei der Ausweisung von Abbaubereichen und Sicherungsbereichen sind die Belange der Rohstoffsicherung und Rohstoffversorgung mit anderen raumbedeutsamen Nutzungen und Vorhaben sowie vor allem mit den Erfordernissen des Natur- und Umweltschutzes, der Landschaftserhaltung, der Land- und Forstwirtschaft, des Bodenschutzes, der Wasserwirtschaft, der Erholung, sonstiger ökologischer Belange und der Siedlungsentwicklung mit dem ihnen jeweils zukommenden Gewicht abzustimmen und abzuwägen.“

„In Nutzung befindliche Lagerstätten sind möglichst vollständig abzubauen, ehe ein neues Vorkommen erschlossen wird. Im Übrigen sind durch Entwicklung und Förderung der Kreislaufwirtschaft die Rohstoffvorkommen im Interesse späterer Generationen zu schonen. Die Ansätze zur Kreislaufwirtschaft sind landesweit zu stärken.“ LEP 2002, 5.2.4

G „Beim Abbau von Lagerstätten sind die Rekultivierung oder Renaturierung sowie die Einbindung in die Landschaft sicherzustellen.“

LEP 2002, 5.2.5

7.1.2. Vorgaben des Teilregionalplans „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003)

Abbau oberflächennaher Rohstoffe - Allgemeine Grundsätze (Plansatz 2):

G „Die Entwicklung der Region Bodensee-Oberschwaben richtet sich am Prinzip der Nachhaltigkeit aus. Bei der vorsorgenden Sicherung und der Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, ein hohes Maß an Lebens- und Umweltqualität anzustreben und angemessene Gestaltungsgrundlagen für künftige Generationen offen zu halten. Die Erhaltung und nachhaltige Sicherung der Funktionsfähigkeit sowohl der natürlichen Lebensgrundlagen als auch der Nutzungsfähigkeit der natürlichen und insbesondere der nicht erneuerbaren Ressourcen stehen im Mittelpunkt.“

G „Zur langfristigen Gewährleistung der Versorgung mit oberflächennahen mineralischen und organischen Rohstoffen ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Ressourcen anzustreben“

G „Bestehende Abbaustandorte sollen möglichst vollständig abgebaut und dazu in Fläche und Tiefe erweitert werden, bevor in neue Rohstoffvorkommen eingegriffen wird.“

G „Soweit dies wasserwirtschaftlich vertretbar ist, sollen Rohstoffvorkommen in ihrer gesamten Mächtigkeit abgebaut werden.“

G „Zum Schutz der Landschaft und des Bodens soll auf Eingriffe in Lagerstätten mit einer Mächtigkeit von < 5 m verzichtet werden. Das Verhältnis von Mutterboden und Abraum zu gewinnbarer Lagerstätte soll 1:3 nicht unterschreiten.“

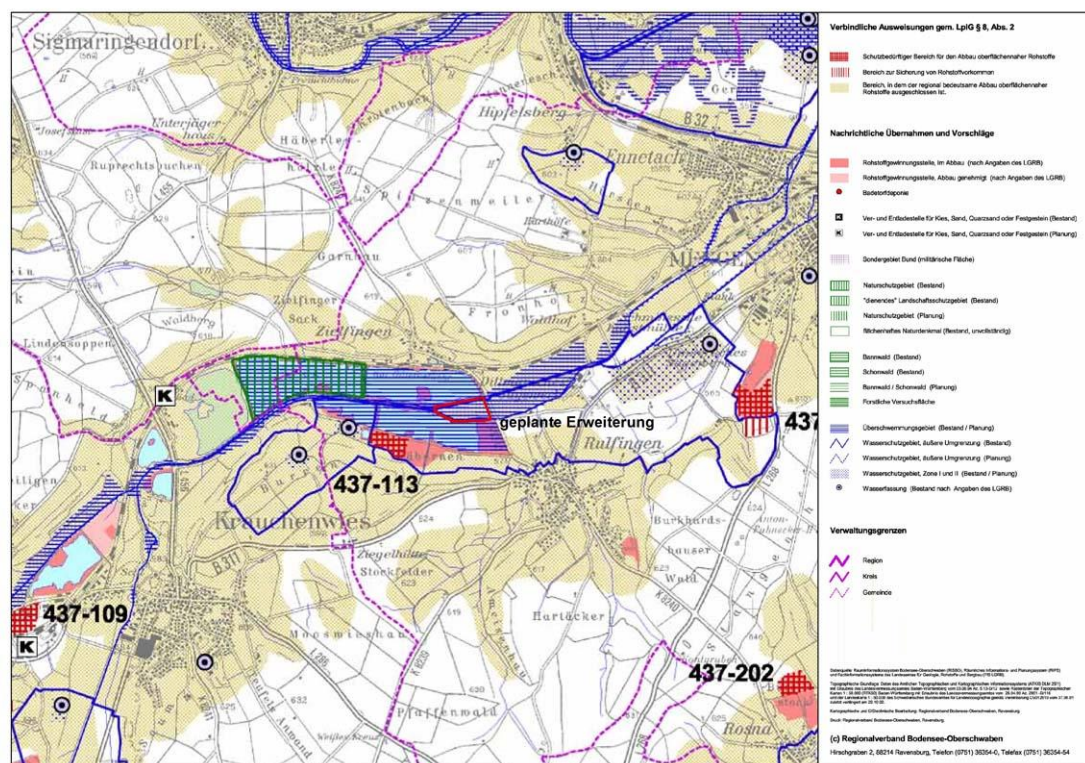


Abbildung 4: Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe (2003),
Ausschnitt, ohne Maßstab

Schutzbedürftige Bereiche für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe und Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen (Plansatz 2.1)

Z „In den Schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist der Abbau von Rohstoffen aus raumordnerischer Sicht möglich, er hat Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen.“

Z „Für die Versorgung mit oberflächennahen, mineralischen Rohstoffen werden folgende 'Schutzbedürftige Bereiche zur Gewinnung von Rohstoffen' ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte des Teilregionalplans 'Oberflächennahe Rohstoffe' dargestellt.

Der derzeit noch genehmigte Abbau am See Süd II ist im Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003) bei den Schutzbedürftigen Bereichen für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe mit der Nummer 437-113 gekennzeichnet. Als beeinträchtigende Aspekte sind hier Naturschutz, Wasserwirtschaft und Landschaft/Relief mit mittlerer Beeinträchtigung des betreffenden Aspektes durch den Abbau oberflächennaher Rohstoffe genannt.

Zu beachtende Aspekte sind hier weiterhin: Restauskiesung, Vogelschutzgebiet, WSG Zone IIIB, Naturpark Obere Donau, gute Verkehrsanbindung an L 456 in Richtung Norden.

Ferner sind folgende Grundsätze (Plansatz 2.1.4) zu beachten:

G „Für Abbau, Rekultivierung/Renaturierung und Folgenutzung sind Gesamtkonzepte zu entwickeln, die den Anforderungen des Natur- und Landschaftsschutzes, des Boden- und Wasserschutzes sowie der Land- und Forstwirtschaft entsprechen.“

G „Bei der Erweiterung bestehender und der Erschließung neuer Abbaustellen ist der Schutz des Grundwassers zu gewährleisten.“

Bereiche, in denen die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe nicht zulässig ist (Plansatz 2.2)

Der Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003) weist die Fläche des Vorhabens als Ausschlussbereich aus (Kapitel 2.2 Bereiche, in denen die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe nicht zulässig ist):

Z „Zur Sicherung anderer natürlicher Ressourcen, zum Schutz wertvoller Lebensräume für Pflanzen und Tiere, zur Erhaltung landschaftsprägender Reliefstrukturen, zur Bewahrung der Eigenart und Schönheit überregional bedeutender Landschaftsräume sowie zur Vermeidung negativer Einflüsse auf die Wohnbevölkerung und der für die Erholung bedeutsamen Bereiche werden teilräumliche Ausschlussbereiche für die Rohstoffgewinnung ausgewiesen und in der beiliegenden Raumnutzungskarte dargestellt.

Die Ausschlussbereiche sind von regional bedeutsamen Vorhaben zur Gewinnung von oberflächennahen mineralischen oder organischen Rohstoffen freizuhalten.“

In der Begründung hierzu heißt es:

„In den in der Raumnutzungskarte dargestellten Ausschlussbereichen tritt die Gewinnung oberflächennaher mineralischer und organischer Rohstoffe in deutliche Konkurrenz zu Raumfunktionen, welche im Sinne von §1 und §2 ROG besondere Bedeutung verdienen. Das zu erwartende Konfliktpotenzial ist hier in der Regel als sehr hoch einzustufen, so dass in Abwägung mit anderen konfliktärmeren Bereichen unter Beachtung der in der Region vorhandenen Rohstoffvorkommen die Rohstoffgewinnung in andere Gebiete der Region gelenkt werden muss.“

Von den in der Begründung genannten als Ausschlussbereich abgegrenzten Gebietskategorien liegt das Vorhaben innerhalb eines Überschwemmungsgebietes (§76 Wasserhaushaltsgesetz vom 31.07.2009, zuletzt geändert am 05.12.2012) sowie innerhalb eines Natura 2000 - Vogelschutzgebietes (SPA-Gebiet gem. Vogelschutz-Richtlinie, Richtlinie 79/409/EWG).

7.2. NOTWENDIGKEIT DER ZIELABWEICHUNG / ZIELKONFLIKT

Das Vorhaben liegt vollständig innerhalb eines Ausschlussbereichs für Oberflächen-nahe Rohstoffe. Diese Bereiche sind gem. Plansatz 2.2 (Z) „von regional bedeutsamen Vorhaben zur Gewinnung von oberflächennahen mineralischen oder organischen Rohstoffen freizuhalten“.

Gem. der Begründung des Teilregionalplanes „Oberflächennahe Rohstoffe“ zu Plansatz 2.2 liegt in diesen Bereichen eine deutliche Konkurrenz zu Raumfunktionen besonderer Bedeutung (i.S.v. § 1 und § 2 ROG) vor. Das zu erwartende Konfliktpotenzial wird hier als sehr hoch eingestuft.

Demzufolge liegt hier ein Zielkonflikt vor. Die Notwendigkeit einer Zielabweichung ist gegeben.

7.3. RECHTFERTIGUNG DER ABWEICHUNG

7.3.1. Grundzüge der Planung

Von den in der Begründung des Teilregionalplanes „Oberflächennahe Rohstoffe“ genannten als Ausschlussbereich abgegrenzten Gebietskategorien liegt das Vorhaben innerhalb eines Überschwemmungsgebietes (§76 Wasserhaushaltsgesetz vom 31.07.2009, zuletzt geändert am 29.03.2017) sowie innerhalb eines Natura 2000 - Vogelschutzgebietes (SPA-Gebiet gem. Vogelschutz-Richtlinie, Richtlinie 79/409/EWG). Lt. Aussage von H. Köberle (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben) vom 04. Februar 2013 sind neben den Kriterien Natur (Natura 2000) und Überschwemmungsgebiet außerdem das ausgewiesene Wasserschutzgebiet „Meßkircher Straße“, im Vorhabengebiet Zone III B sowie der Naturpark „Obere Donau“ zu beachten.

Natura 2000 – Vogelschutzgebiet

Das Gebiet der Krauchenwieser Seen stellt auf Grund seiner Strukturen und Lage einen bedeutsamen Lebensraum für die Avifauna dar. Die durch den Kiesabbau in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Seen sind wertvolle Fortpflanzungs-, Nahrungs- und Rastflächen für zahlreiche Vogelarten. Die Seen stellen außerdem ein wichtiges Bindeglied im überregionalen Vogelzug dar. Das Gebiet der Krauchenwieser Seen ist auf Grund seiner Bedeutung für die Avifauna als Natura 2000 - Vogelschutzgebiet „Baggerseen Krauchenwies / Zielfingen“ ausgewiesen.

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf den Arten- und Biotopschutz und speziell auf die Biotopflächen im Ablachtal durch das Vorhaben haben umfangreiche Bestandsaufnahmen der Biotoptypen sowie der Fauna stattgefunden.

Die Grünlandflächen des Vorhabengebietes sind insbesondere auf Grund ihrer Funktion als Lebensraum für die Avifauna von Bedeutung. Geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

Ein Teil der Arten des Anhang I der Vogelschutzrichtlinie, für deren Erhalt das Vogelschutzgebiet ausgewiesen worden ist, bzw. gem. § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG streng geschützte Arten nutzen das Plangebiet als Nahrungs- und Rasthabitat. Die Wiesen-schafstelze (*Motacilla flava*) ist potenzieller Brutvogel auf der Vorhabenfläche.

Zur Prüfung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Erhaltungszielen des Vogelschutzgebiets sowie zur Ermittlung, ob durch das Vorhaben Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 BNatSchG zu erwarten sind wurde ein separates Gutachten erstellt (Planstatt Senner, 2017).

Dieses kommt zum Ergebnis, dass bei Durchführung geeigneter CEF-Maßnahmen bzw. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen die Beeinträchtigungen durch das Vorhaben auf die Avifauna nicht erheblich sind.

Den Anforderungen des Arten- und Biotopschutzes wird demnach bereits durch die naturschutzfachlichen Vorschriften – insbesondere den Gebiets- und Artenschutz – Rechnung getragen. Wenn das Vorhaben nach diesen Vorschriften zulassungsfähig ist, ist auch eine Zielabweichung möglich.

Überschwemmungsgebiet

Die Zielfinger Seen sowie die landwirtschaftlichen Flächen zwischen den Seen und der westlich von Mengen gelegenen Dillmanschen Säge sind als Überschwemmungsgebiet der Ablach ausgewiesen.

Nach der Hochwassergefahrenkarte (LUBW, Daten- und Kartendienst, Abfrage 30.07.2017) liegt der überwiegende Teil des Vorhabengebietes innerhalb der Überflutungsflächen HQ50, während die Flächen östlich der K8240 bereits bei HQ10 überflutet sind.

Die Dämme zwischen Baggerseen und Ablach sind aktuell auf ein HQ10 der Ablach ausgebaut. Ausnahme ist hier der Damm des Steidlesees, welcher auf ein HQ1000 der Ablach ausgebaut ist. Dies bedeutet, dass mit Ausnahme des Steidle-Sees die Baggerseen im Ablachtal ab einem Hochwasser HQ10 als Retentionsraum dienen.

Durch die Inanspruchnahme der Vorhabenfläche gehen innerhalb des Überschwemmungsgebietes Flächen mit einem Retentionsvermögen von ca. 13.000 m³ verloren (Berechnung Vermessungsbüro Moll, Mai 2017, s. Anhang). Für diese Volumen ist Ersatz zu schaffen. Ein Ausgleich für den Verlust der Retentionsflächen wird auf den Flächen östlich der K8240, insbesondere auf den Flurstücken 292, 315, 316, 321, 323, 327/1 und ggf. noch weiteren Grundstücken, erfolgen.

Das in Bearbeitung befindliche Hochwasserschutzkonzept der Stadt Mengen sieht voraussichtlich die Nutzung der Seen Nord I oder/und Nord II als Retentionsflächen für Hochwasserereignisse vor. Der geplante Retentionsausgleich der Firma Valet u. Ott auf den Flächen östlich der K8240 ist unabhängig von den Planungen der Stadt Mengen und steht diesen nicht entgegen. Eine Abstimmung zwischen der Stadt Mengen und der Firma Valet u. Ott bezüglich des Hochwasserschutzes erfolgt bei Fortschreiten beider Planungen im weiteren Verfahren.

Ob und in welchem Umfang die Hochwasserschutzmaßnahmen der Stadt Mengen Belange des Vogelschutzgebietes bzw. des Artenschutzes (§ 44 BNatSchG) betreffen, ist bei Konkretisierung der Planungen durch die Stadt Mengen zu prüfen. Hierbei sind auch mögliche Summations-/Wechselwirkungen zu prüfen.

Der Verlust an Retentionsraum kann voraussichtlich angemessen ausgeglichen werden, eine Zielabweichung ist damit möglich.

Wasserschutzgebiete „Meßkircher Straße“ und „Franzosenäcker“

Das Vorhabengebiet liegt innerhalb der Schutzzone III B des seit 01.03.1996 rechtskräftigen Wasserschutzgebietes „Meßkircher Straße“. Der Brunnen wird für die Trinkwasserversorgung der Stadt Mengen und der Ortschaft Rulfingen genutzt.

Gem. § 8 Nr. 2 der Verordnung des Landratsamtes Sigmaringen zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Meßkircher Straße“ der Stadt Mengen vom 01. März 1996 sind in der weiteren Schutzzone III B „das Gewinnen von Steinen und Erden sowie sonstige großflächige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird oder keine ausreichende Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt“ verboten.

Nach § 10 (1) kann das Landratsamt Sigmaringen „auf Antrag von Verboten dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn [...]

2. ein berechtigtes Interesse an der Abweichung besteht und wegen anderweitiger Schutzvorkehrungen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist [...]

Direkt südlich des Sees Süd I liegt die Trinkwasserfassung des seit 01.04.1992 rechtskräftigen Wasserschutzgebietes „Franzosenäcker“. Dieser Brunnen besitzt ein gemeinsames Schutzgebiet (Zone III) mit der Burrenquelle, die südlich des Sees I liegt. Der Brunnen „Franzosenäcker“ und die Burrenquelle werden zur Zeit nicht genutzt. Nach Aussage des Ortsvorstehers von Rulfingen vom 12.12.2016 (Scoping) ist geplant, den Tiefbrunnen „Franzosenäcker“ mangels Ergiebigkeit aufzugeben und das zugehörige Wasserschutzgebiet aufzuheben.

Hydrogeologische Untersuchungen

Zur Ermittlung der Auswirkungen einer Erweiterung des Kiesabbaus am See Süd III wurden im Zeitraum von 2011 - 2016 verschiedene hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt (HYDRO-DATA, 2017):

- Erstellung eines konzeptionellen hydrogeologischen Modells
 - Datenrecherche
 - Grundwassermessstellen
 - Monitoring Grundwasserleiter und Oberflächengewässer
 - Bestimmung der Neubildung aus Niederschlag und Uferfiltrat
 - Pumpversuche in Brunnen und Grundwassermessstellen
- Erstellung eines numerischen Strömungsmodells für Prognoseberechnungen
 - Erstellung eines numerischen Modells (Einschichtmodell)
 - Instationäre Kalibrierung
 - Prognoseberechnungen

Hieraus entstammen die folgenden Erkenntnisse zu den hydrogeologischen Verhältnissen im Gebiet:

Fließsystem

Bei Krauchenwies fließen die Grundwässer aus der Andelsbachrinne und aus der Ablachrinne zusammen. Das Grundwasser fließt über die Baggerseen nach Osten Richtung Mengen ab. Bei Hoch- und Niedrigwasserverhältnissen ändern sich die Fließrich-

tungen und Fließgeschwindigkeiten nicht wesentlich. Die Ablach und die 10 Baggerseen (ab den Seen Lutz / Krauchenwies bis Rulfingen) bestimmen das Fließgeschehen im Grundwasserleiter.

Die Aquifermächtigkeit in der Rinnenachse (Rinnentiefe) erreicht 10 – 11 m. Zum Rand der Rinne hin keilt der wassererfüllte Teil des Grundwasserleiters aus, bzw. reduziert sich die Aquifermächtigkeit.

Die Kombination der gewählten Untersuchungsmethoden erlaubt eine gute Beschreibung der Interaktion zwischen den Oberflächengewässern (Baggerseen, Ablach) und dem Grundwasserleiter im Einzugsgebiet der Brunnen.

Die Fließrichtung wird durch die hydraulischen Parameter und der Rinnenstruktur (Geometrie des Aquifers) sowie durch die Ablach (Infiltration und Exfiltration) bestimmt. Es konnte der Nachweis erbracht werden, dass die Seen Süd I und Süd III abgedichtet sind und nahezu keinen Kontakt mit dem Grundwasserleiter besitzen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass bei dem aktuellen Betrieb des Trinkwasserbrunnens „Meßkircher Straße“ ($Q_{24} = 8,5 - 10,5$ l/s – gemittelt über den Zeitraum 2011 – 2015) kein Seeuferfiltrat (See Nord II und See Süd III) und kein Uferfiltrat der Ablach im Brunnen „Meßkircher Straße“ nachzuweisen ist, was auch anhand der hydraulischen Verhältnisse (Grundwassergleichpläne) abzuleiten ist. Das Einzugsgebiet des Brunnens für den aktuellen Betrieb konnte im Rahmen des konzeptionellen Modells abgegrenzt werden. Es liegt im Bereich zwischen dem Ortsteil Rulfingen (Randzustrom) und der Fassungsanlage. Hier erfolgt die Neubildung durch lokalen Niederschlag.

Für den Brunnen „Franzosenäcker“ konnte gezeigt werden, dass der See Süd I nicht mehr hydraulisch an den Grundwasserleiter angeschlossen ist und somit die aktuelle Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und die wasserrechtlich genehmigte Entnahmemenge überprüft werden müsste.

Grundwasserneubildung

Die Grundwasserneubildung im Gebiet umfasst die Neubildung durch Niederschläge, den randlichen Zustrom der Sickerwassermengen im oberirdischen Einzugsgebiet und der Versickerung aus den Gräben und Bächen (Infiltration). Zusätzlich erfolgt eine Neubildung durch die Infiltration aus der Ablach und den Seen (Uferfiltrat) in Bereichen, in denen diese Gewässer an den Grundwasserleiter angebunden sind.

Die durchschnittliche Neubildungsrate für den Untersuchungsraum und sein Einzugsgebiet beträgt ca. 75 l/s. (HYDRO-DATA, 2015)

Mögliche Veränderung des Grundwasserkörpers und seiner Fließverhältnisse, Veränderung der Neubildungsrate – Auswirkungen auf die Trinkwasserfassungen

Mit den durchgeführten hydrogeologischen Untersuchungen (HYDRO-DATA, 2017) können die Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Nassabbaus im See Süd III auf die Trinkwasserfassungsanlagen der Brunnen „Meßkircher Straße“ und „Franzosenäcker“ prognostiziert werden.

Das Einzugsgebiet für die aktuelle Entnahme am Brunnen „Meßkircher Straße“ der letzten Jahre von $Q_{24} = 8,5$ l/s und für die max. Entnahmemenge von $Q_{24} = 15$ l/s

(Tagesmengen = 13.000 m³/Tag) wurden mit und ohne Erweiterung des Nassabbaus (Prognoseberechnung) bestimmt. In einem Strukturgutachten der Stadt Mengen, dessen Entwurf im Dezember 2016 vorlag, wurde die Menge von $Q_{24} = 15$ l/s als max. Bedarf bestätigt.

Es konnte gezeigt werden, dass eine quantitative und eine qualitative Beeinträchtigung der Trinkwasserbrunnen „Meßkircher Straße“ und „Franzosenäcker“ durch die Erweiterung des Nassabbaus des Sees Süd III nicht erfolgt.

Auch für den Bereich „Dillmannsche Säge“ (Altlast) zeigt die Erweiterung des Nassabbaus aus dem See Süd III keine Änderungen des Fließsystems. Hier wird das Fließverhalten durch die Interaktion mit der Ablach dominiert.

Mögliche Verunreinigung des Grundwasserkörpers

Die zusätzliche Öffnung des Grundwasserkörpers durch den geplanten Nassabbau ist mit einer höheren Gefährdung des Grundwassers durch Schadstoffeintrag z.B. durch Störungen oder Unfälle beim Abbaubetrieb oder durch die Nutzung des Sees als Badegewässer verbunden.

Das in Planung befindliche Hochwasserkonzept der Stadt Mengen sieht vor, die südlichen Seen durch Erhöhung der Dämme auf HQ100 aus dem Hochwasserschutz herauszunehmen. Eine Verunreinigung des Grundwassers infolge von Hochwasser durch die Erweiterung des Sees Süd III kann damit ausgeschlossen werden.

Fazit

Das berechnete Interesse und der Bedarf an der Erweiterung des Kiesabbaus in Rulfingen sind in Kapitel 3 dargelegt. Eine Gefährdung oder sonstige nachteilige Veränderungen des Grundwassers sind gem. Gutachten HYDRO-DATA, 2017 nicht zu befürchten. Eine Befreiung von der Schutzgebietsverordnung ist demnach möglich.

Naturpark „Obere Donau“

Das Ablachtal mit den Seen liegt innerhalb des Naturparks „Obere Donau“.

Der Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen über den Naturpark „Obere Donau“ vom 14. Juni 2005 sind bezüglich des Ablachtales und des Kiesabbaus folgende Aussagen zu entnehmen:

„§ 3 Schutzzweck des Naturparks

(1) Das Gebiet des Naturparks ist als vorbildliche Erholungslandschaft zu erhalten und zu entwickeln, insbesondere sind

1. Die Vielfalt, Eigenart und herausragende landschaftliche Schönheit der unterschiedlichsten Naturräume:

[...]

- die im Zuge des Kiesabbaus entstandenen großflächigen Seenplatten im Ablach- und Schwarzsachtal

[...]

als prägende Elemente für einen nachhaltigen Tourismus zu pflegen und zu bewahren;

2. Die natürliche Ausstattung des Gebiets mit ökologisch wertvollen, vielfältigen Lebensräumen für eine artenreiche und schützenswerte freilebende Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere die im Naturpark vorhandenen Gebiete des Europäischen ökologischen Netzes besonderer Schutzgebiete „Natura 2000“, als wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Sicherung des überregional bedeutsamen Erholungsraumes zu pflegen und zu verbessern sowie

3. Eine möglichst ruhige und naturnahe Erholung für die Allgemeinheit zu gewährleisten sowie den Bau, die Unterhaltung und unentgeltliche Nutzung von umweltverträglichen Erholungseinrichtungen zu fördern.

(2) Im Naturpark sollen in sinnvoller räumlicher Differenzierung die verschiedenen Möglichkeiten der Erholung mit anderen Nutzungsformen sowie ökologischen Erfordernissen aufeinander abgestimmt und entwickelt werden. Dabei sollen Erholungseinrichtungen in Ortsnähe und in Besucherschwerpunkten zusammengefasst werden. Bisher nur wenig besuchte Bereiche sollen der ruhigen und naturnahen Erholung vorbehalten bleiben. Bisher weitgehend unbelastete Bereiche mit vielfältiger oder seltener Arten- und Biotopausstattung, insbesondere die Gebiete des Europäischen ökologischen Netzes besonderer Schutzgebiete „Natura 2000“ sollen als Vorrangflächen für die Natur erhalten bleiben und unter Beachtung der Schutz- und Erhaltungsziele entwickelt werden.

Die Kulturlandschaft der Krauchenwieser Seen ist durch Kiesabbau entstanden und somit seit Jahrzehnten durch die damit verbundene technische Infrastruktur geprägt. Auf Grund der geringen Fläche des Vorhabens und des bereits seit Jahrzehnten bestehenden Kiesabbaus im Ablachtal findet durch das Vorhaben keine starke und grundsätzliche Veränderung des Landschaftsbildes und der bestehenden Kulturlandschaft im Ablachtal statt. Das Gebiet der Krauchenwieser Seenplatte behält seinen Reiz und Erholungswert für einen nachhaltigen Tourismus (s. Kapitel 6.3.1).

Die Naturpark-Verordnung greift die bereits im Zuge des Regionalen Grünzuges sowie des Ausschlussbereichs für oberflächennahe Rohstoffe abgearbeiteten Grundsätze

Biotop- und Artenschutz (speziell auch Natura 2000) sowie Erholung auf. Die dort aufgeführten Begründungen gelten auch für die Ziele des Naturparks.

Im Zuge der notwendigen Rekultivierung, bzw. bereits im Abbaukonzept der Erweiterung des Kiesabbaus am See Süd III können die Gesichtspunkte Biotop- und Artenschutz sowie Erholung mit berücksichtigt und dementsprechend ein nachhaltiges Konzept entwickelt werden. Für den Biotop- und Artenschutz bietet sich hierbei sogar die Chance auf eine Optimierung des Gebietes.

Fazit

Ob die Abweichung die Grundzüge der Planung berührt, hängt davon ab, ob diese Abweichung dem planerischen „Wollen“ zuwiderläuft. Die Ausweisung des Ausschlussbereichs für Oberflächennahe Rohstoffe im Vorhabengebiet erfolgte auf Grund der Ausschlusskriterien Natur (Lage innerhalb des Natura 2000 – Vogelschutzgebietes) und Überschwemmungsgebiet.

Der Plangeber ist bei seiner Ausweisung davon ausgegangen, dass das zu erwartende Konfliktpotenzial hier in der Regel als sehr hoch einzustufen ist (Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe, 2003).

Für das Kriterium Natura 2000 wurden umfangreiche Voruntersuchungen im Hinblick auf eine Erweiterung des Rohstoffabbaus im Vorhabengebiet durchgeführt (PLANSTATT SENNER, 2017: Naturschutzfachliche Angaben zur Natura 2000 – Verträglichkeitsprüfung und Artenschutzrechtliche Prüfung, Überlingen).

Die Untersuchungen ergeben, dass durch eine Erweiterung des Kiesabbaus keine Beeinträchtigungen des Natura 2000 – Gebietes zu erwarten sind. Den Anforderungen des Arten- und Biotopschutzes wird bereits durch die naturschutzfachlichen Vorschriften – insbesondere den Gebiets- und Artenschutz – Rechnung getragen. Wenn das Vorhaben nach diesen Vorschriften zulassungsfähig ist, ist auch eine Zielabweichung möglich.

Der Verlust an Retentionsraum (Überschwemmungsgebiet) kann durch Ersatzflächen voraussichtlich angemessen ausgeglichen werden, eine Zielabweichung ist damit möglich.

Beide Funktionen (Natura 2000 und Überschwemmungsgebiet) können trotz Durchführung des Vorhabens weiter erfüllt werden. Sie stehen damit nicht in Konkurrenz zum Vorhaben.

Auch die zusätzlich zu prüfenden Kriterien Grundwasserschutz und Naturpark „Obere Donau“ werden durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt.

Im Zuge der notwendigen Rekultivierung, bzw. bereits im Abbaukonzept der Erweiterung des Kiesabbaus am See Süd III können die Gesichtspunkte Biotop- und Artenschutz sowie Erholung mit berücksichtigt und dementsprechend ein nachhaltiges Konzept entwickelt werden. Für den Biotop- und Artenschutz bietet sich hierbei sogar die Chance auf eine Optimierung des Gebietes.

Insgesamt hat die Abweichung minderes Gewicht und berührt somit nicht die Grundzüge der Planung.

7.3.2. Raumordnerische Vertretbarkeit

In Kapitel 2 ist der dringende Bedarf sowie das öffentliche Interesse des Vorhabens an genau diesem Standort begründet (Bedarfsnachweis und Alternativenprüfung).

Wenn eine Beeinträchtigung der zur Ausweisung als Ausschlussbereich geführten Kriterien – Natur und Überschwemmungsgebiet – nicht zu erwarten ist, kann auch eine Beeinträchtigung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung in raumordnerisch unvertretbarer Weise ausgeschlossen werden.

Eine Abweichung von den genannten Zielen der Landes- und Regionalplanung ist durchführbar, da diese unter raumordnerischen Gesichtspunkten zulässig ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

8. LITERATUR

- BUNDESANSTALT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN UND ROHSTOFFE (2015):
Deutschland – Rohstoffsituation 2014, Hannover
- GEMEINDEVERWALTUNGSVERBAND MINGEN (2010): Flächennutzungsplan im
Maßstab 1 : 10.000
- HYDRO-DATA (2012): Machbarkeitsstudie zum Kiesabbau im Bereich Rulfingen-
Mengen, Hydrogeologische und rohstoffgeologische Bewertung (mit Anlagen) vom 19.11.2012, Radolfzell
- HYDRO-DATA (2014): Weiterführende isotopenhydrologische Untersuchung im Rahmen der Machbarkeitsstudie zum Kiesabbau im Bereich Rulfingen-Mengen vom Juli 2014, Radolfzell
- HYDRO-DATA (2015): Hydrologische Untersuchungen Rulfingen 2014/2015 | 1. Teilbericht – Konzeptionelles Modell / Datenrecherche (mit Anlagen) vom 31.08.2015, Radolfzell
- HYDRO-DATA (2015): Hydrologische Untersuchungen Erweiterung Kiesabbau See Süd 3; Rulfingen 2014/2015 | 2. Teilbericht – Numerisches Grundwasserströmungsmodell (mit Anlagen) vom 30.09.2015, Radolfzell
- HYDRO-DATA (2017): Hydrologische Untersuchungen Grundwasserströmungsmodell Rulfingen 2014/2015 | Gesamtbericht (mit Anlagen) vom 12.01.2017, Radolfzell
- PLANSTATT SENNER (2017): Naturschutzfachliche Angaben zur Natura 2000 – Verträglichkeitsprüfung und Artenschutzrechtliche Prüfung, Überlingen
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG, LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU (LGRB, 2013): Rohstoffbericht Baden-Württemberg 2012/2013, Bedarf, Gewinnung und Sicherung von mineralischen Rohstoffen – Dritter Landesrohstoffbericht –, Freiburg i.Br.
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG, LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU (LGRB, 2005): Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg 1 :50.000 mit Erläuterungen, Freiburg i. Br.
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN (2005): Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen über den Naturpark „Obere Donau“ vom 14. Juni 2005
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN (2008): Zielabweichungsverfahren nach § 24 LPIG 2008 (Erläuterungen zu Tatbestandsmerkmalen, notwendigen Verfahrensunterlagen, Verfahrensbeteiligungen und Rechtscharakter), Entwurf, Tübingen
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN (2017): Ergebnisniederschrift zur Festlegung des Untersuchungsrahmens am 12.12.2016, Tübingen
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN (2017): Vorläufige Festlegung des Untersuchungsrahmens, Tübingen
- REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN (1996): Regionalplan Bodensee-Oberschwaben, Ravensburg

REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN (2003): Teilregionalplan
Oberflächennahe Rohstoffe, Ravensburg

WIRTSCHAFTSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (2002): Landesentwick-
lungsplan Baden-Württemberg 2002 – LEP 2002, Stuttgart

Gesetze

Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert
durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz -
BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 19 des
Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2258)

Landesplanungsgesetz (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. 2003, 385) zu-
letzt geändert durch Artikel 31 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 103)

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt ge-
ändert durch Artikel 124 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

ANLAGEN

VERMESSUNGSBÜRO MOLL (11. MAI 2017): Berechnung des Verlusts an Retentionsvolumen

PLANSTATT SENNER (2017): Naturschutzfachliche Angaben zur Natura 2000 – Verträglichkeitsprüfung und Artenschutzrechtliche Prüfung